ROLAND RECHTSREPORT 2020

Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung

Einstellung der Bevölkerung zum wachsenden Nationalismus in Europa

ROLAND Sicher im Recht.

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

Untersuchungssteckbrief

Befragter Personenkreis:	deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.228 Personen
Auswahlmethode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	mündlich-persönlich (face-to-face)
Repräsentativität:	repräsentativ für den befragten Personenkreis
Befragungszeitraum:	November 2019

Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

Redaktion

Maja Bohlen (ROLAND), Michael Sommer (IfDA)

Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG
Marcus Acker
Leiter Unternehmenskommunikation
Deutz-Kalker Straße 46
50679 Köln
www.roland-gruppe.de
presse@roland-gruppe.de

Vorbemerkung

Bereits im zehnten Jahr in Folge wird mit dem ROLAND Rechtsreport die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt. Dazu führte das Institut für Demoskopie Allensbach erneut im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durch.

Wie in den vergangenen Jahren waren auch in diesem Jahr die Langzeitanalyse des Vertrauens in wichtige gesellschaftliche und staatliche Institutionen sowie die Ermittlung der grundsätzlichen Einstellungen zum deutschen Rechtssystem Schwerpunkte dieser Untersuchung. Zudem ermittelt auch der aktuelle ROLAND Rechtsreport Bekanntheit und Einstellungen der Bevölkerung zur außergerichtlichen Streitbeilegung.

Einen weiteren Schwerpunkt dieser Untersuchung bildet das Thema Nationalismus in Europa: Wie sehr beunruhigt der zunehmende Nationalismus die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland? Inwieweit wünscht sich die Bevölkerung eine stärkere Ausrichtung auf nationale Interessen? Und welches Gewicht soll die europäische Ebene in verschiedenen Politikbereichen einnehmen?

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.228 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Interviews wurden zwischen dem 14. und 28. November 2019 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee,
Institut für Demoskopie Allensbach
im Dezember 2019

Inhalt

Seite

Untersuchungssteckbrief 1

Vorbemerkung 2

Geleitworte 4

Zusammenfassung 7

Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung 9

- Hohes Vertrauen in das deutsche Rechtssystem – aber auch viel Kritik 10
- Erfahrungen mit dem Rechtssystem 20
- Die außergerichtliche Streitbeilegung im Urteil der Bevölkerung 26

Teil B Einstellung der Bevölkerung zum wachsenden Nationalismus in Europa 28

- Viel Beunruhigung wegen des zunehmenden Nationalismus in Europa 29

Geleitworte

Liebe Leserinnen und Leser,

die Europawahl im März 2019 zeigte zwei Dinge. Zum einen nutzten wieder mehr Bürgerinnen und Bürger ihr demokratisches Recht: Erstmals stieg die Wahlbeteiligung, die seit 1979 von Wahl zu Wahl gesunken war. Zum anderen gaben viele Wähler rechtspopulistischen Parteien ihre Stimme. So konnten nationalkonservative Parteien wie die polnische PiS, euroskeptische Parteien wie die Fünf-Sterne-Bewegung und auch die deutsche AfD gute Ergebnisse erzielen. Ob in Großbritannien, Italien, Polen, Ungarn oder auch in Deutschland – in vielen Ländern Europas war ein Erstarken der Nationalisten zu beobachten.

Die unterschiedlichen Parteien eint die Ideologie dass die Interessen der eigenen Nation schwerer wiegen als die Interessen anderer Länder oder von Gemeinschaften wie der EU. Welches Risiko stellt eine solche Zunahme des „nationalen Egoismus'" für die weitere Entwicklung Europas dar? Das haben wir die deutsche Bevölkerung im Rahmen des ROLAND Rechtsreports 2020 gefragt. Mit einem klaren Ergebnis: 60 Prozent der Bürger beunruhigt der Gedanke sehr stark oder stark, dass immer mehr europäische Länder verstärkt eigene Interessen verfolgen und dabei immer weniger Rücksicht auf andere Länder nehmen. Gleichzeitig sprechen sich immerhin 40 Prozent dafür aus, dass Deutschland selbst in Zukunft verstärkt eigene Interessen verfolgen sollte; ein gleich großer Anteil hält das für den verkehrten Weg.

Diese und weitere spannende Erkenntnisse lesen Sie im zweiten Teil der Studie. Der erste Teil befasst sich – wie auch in den Vorjahren – mit der Einstellung der Bürger zum deutschen Justizsystem. Trotz des nach wie vor hohen Vertrauens in die Justiz bleibt die Kritik an zu langen Verfahren, uneinheitlicher Rechtsprechung und zu milden Urteilen. Da überrascht es nicht, dass die Menschen den Gang vor Gericht eher vermeiden wollen. Im Durchschnitt würden sie erst ab einem Streitwert von 1.840 Euro prozessieren. Manch einer verzichtet gar aus Sorge vor den Kosten auf sein gutes Recht.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!

Herzliche Grüße

Rainer Brune
Vorstandsvorsitzender der
ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr als jeder fünfte Bürger war in den vergangenen zehn Jahren in einen Gerichtsprozess involviert, fast zehn Prozent sogar mehrmals. Das geben die Befragten im diesjährigen ROLAND Rechtsreport zu Protokoll. Obwohl Personen, die eine Rechtsschutzversicherung besitzen, hierbei überproportional vertreten sind, prozessieren auch sie keineswegs leichtfertig: 28 Prozent der Rechtsschutz-Versicherten erinnern sich an Situationen, in denen sie in den letzten Jahren rechtlichen Beistand gebraucht hätten, diesen aber nicht in Anspruch genommen haben.

Welche Gründe hat dieses Verhalten? Unkenntnis? Bequemlichkeit? Die Sorge vor der finanziellen und emotionalen Belastung durch ein Gerichtsverfahren? Sicherlich spielen all diese Faktoren eine Rolle, vorrangig wohl eine gewisse „Gerichtsphobie“.

Ich bin davon überzeugt, dass unser Rechtssystem und die Gerichte das hohe Vertrauen, das sie nach den Erkenntnissen des ROLAND Rechtsreports genießen, auch verdienen. Nachdenklich stimmen muss allerdings die deutliche Kritik insbesondere an der zu langen Dauer der Gerichtsverfahren (85 Prozent) und der als zu milde wahrgenommenen Strafurteile insbesondere gegen Jugendliche. Dieser Kritik muss sich die Justiz stellen. Zwar sind die Richter unabhängig und nur an Recht und Gesetz gebunden. Ein schützenswertes Rechtsgut ist jedoch auch das Vertrauen der Bürger, dass die Gerichte die Rechtsordnung angemessen verteidigen.

Der gerichtliche Rechtsschutz wurde für Verbraucher durch das Verbraucherstreitbeilegungsgesetz um einen außergerichtlichen Zugang zum Recht ergänzt. Insbesondere die Mediation und die institutionalisierte Verbraucherschlichtung bieten die Möglichkeit einer niederschwelligen, kostengünstigen und schnellen Beilegung des Streits. Die Verbraucher können 24 branchenspezifisch zuständige Verbraucherschlichtungsstellen sowie für alle übrigen Streitigkeiten die Universalschlichtungsstelle des Bundes bzw. zwei Allgemeine Schlichtungsstellen anrufen, wenn sie mit ihrer Beschwerde beim Unternehmen nicht weiterkommen. Hier erhalten sie, in der Regel innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 90 Tagen, eine neutrale und unabhängige Einschätzung der rechtlichen Situation – ohne eine Verpflichtung, das Schlichtungsangebot anzunehmen. Dem Verbraucher bleibt anschließend immer noch die Möglichkeit, für seine Forderung vor Gericht zu kämpfen.

Genau das ist der entscheidende Punkt: Es ist gut, wenn die deutsche Bevölkerung außergerichtliche Konfliktlösungsangebote nutzt, und die Gerichte nicht mit Lappalien beschäftigt. Es kann aber auch nicht sein, dass Bürger aus Angst vor einer langen Verfahrensdauer und hohen Rechtsverfolgungskosten auf ihre Ansprüche verzichten. Rückläufige Eingangszahlen bei den Zivilgerichten könnten darauf hindeuten, dass es für manche Bürger zu hohe Hürden gibt, die sie davon abhalten, ihr Recht durchzusetzen.

Ihr

Prof. Dr. Günter Hirsch
Mitglied des Rechtspolitischen Beirats von ROLAND Rechtsschutz
Versicherungsombudsmann a. D.,
Präsident des Bundesgerichtshofes a. D.

Liebe Leserinnen und Leser,

die große Mehrheit der Bürger hat grundsätzlich großes Vertrauen in das Rechtssystem, insbesondere in den gesetzlichen Rahmen, aber auch in die Gerichte. Zwei Drittel der Bürger vertrauen der Justiz, und dieses Vertrauen ist bisher stabil – trotz wachsender Kritik und Besorgnis. Immer mehr hat die Bevölkerung den Eindruck, dass die Gerichte überlastet sind und daher wenig Hoffnung ist, dass sich die Verfahrensdauern verkürzen lassen. Die Dauer der Verfahren kritisieren die Bürger bereits seit Langem: Aktuell sind 85 Prozent überzeugt, dass viele Verfahren sich zu lange hinziehen; 83 Prozent halten die Gerichte für völlig überlastet.

Die Richter und Staatsanwälte, die im letzten ROLAND Rechtsreport befragt wurden, bestätigen diese Diagnose der Bürger mit großer Mehrheit. Auch die Justiz muss heute um qualifizierten Nachwuchs kämpfen und ihre personelle und technische Ausstattung auf wachsende Anforderungen ausrichten. Generell tut sich der Staat zunehmend schwerer, eine personelle Ausstattung zu sichern, die eine effiziente Bearbeitung der Anliegen wie der Verfahren der Bürger sicherstellt. Auf Dauer wird das Vertrauen in das Rechtssystem jedoch nur erhalten bleiben, wenn dieses System voll funktionsfähig ist, und das heißt: personell und auch technisch gut ausgestattet ist. Dies ist nur mit mehr Investitionen, guten Rahmenbedingungen in der Rechtsprechung, aber auch mit einer stärkeren Profilierung der Berufe im Rechtssystem zu erreichen.

Neben der Kritik an den Verfahrensdauern wächst in der Bevölkerung auch Misstrauen, ob die Urteile immer der Schwere der Schuld angemessen sind. Ursprünglich war nur eine Minderheit überzeugt, dass die Urteile der Gerichte oft zu milde ausfallen, mittlerweile glaubt das die Mehrheit. Auch wenn Rechtsprechung und Gerechtigkeitsempfinden der Bürger nie deckungsgleich sind, ist dieses wachsende Misstrauen bedenklich und dazu angetan, auf längere Sicht das Vertrauen in das Rechtssystem anzugreifen.

Bemerkenswert ist, dass dieses Vertrauen auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland geringer ist als in Westdeutschland. Das gilt sowohl für die gesetzlichen Rahmenbedingungen wie für die Gerichte und auch die Sicherheitskräfte. Die ostdeutsche Bevölkerung kritisiert auch noch mehr als die westdeutsche die langen Verfahrensdauern und die Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung wie auch die Urteile, die sie insbesondere bei jugendlichen Straftätern oft für zu milde hält. Diese Unterschiede haben auch mit anderen historischen Erfahrungen in Ost und West zu tun; die ostdeutsche Bevölkerung war über Jahrzehnte mit einem Staat konfrontiert, der einen weitaus stärkeren Regelungs- und Machtanspruch vertrat. Andere historische Erfahrungen wirken viele Jahrzehnte nach, mehr als oft angenommen.

Ihre

Prof. Dr. Renate Köcher
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach

Zusammenfassung

Bevölkerung vertraut dem deutschen Rechtssystem deutlich stärker als vielen anderen Institutionen

Wie auch in den Jahren zuvor ist das Vertrauen der Bürger in das Rechtssystem in Deutschland hoch: 70 Prozent haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 65 Prozent in die Gerichte. Die Spitzenposition im Vertrauensranking nehmen jedoch – wie auch zuvor – kleine und mittlere Unternehmen (81 Prozent) ein, auf Platz zwei steht die Polizei (76 Prozent). Gut jeder Zweite hat sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gewerkschaften, jeweils 47 Prozent in Zeitungen und Verwaltung. Vergleichsweise wenig Vertrauen genießen die Bundesregierung, die Kirche sowie große Wirtschaftsunternehmen: Nur jeweils rund jeder Dritte hat sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in eine dieser drei Institutionen.

Der Trendvergleich zeigt: Das Vertrauen in die Gerichte bewegt sich seit fünf Jahren stabil zwischen 63 und 65 Prozent, im Hinblick auf die Polizei oszilliert es seit 2001 zwischen 72 und 77 Prozent. Deutlich stärker schwankt das Vertrauen in die Gesetze: So vertrauten direkt nach der Wiedervereinigung 73 Prozent der Bürger den Gesetzen in Deutschland, 2005 nur noch 45 Prozent. War in den vergangenen vier Jahren ein Rückgang zu verzeichnen, steigt der Wert nun wieder von 64 auf 70 Prozent.

Unbenommen des hohen Vertrauens in das Justizsystem hat die Kritik an der Überlastung der Gerichte und am Strafmaß in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich zugenommen. So denken inzwischen 85 Prozent der Bürger, dass die Verfahren in Deutschland zu lange dauern, fast genauso viele (83 Prozent) halten die Gerichte für überlastet. 61 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 62 Prozent meinen, dass das Urteil und das Strafmaß stark vom zuständigen Gericht abhängen. Über die Hälfte der Bürger findet, dass die Urteile allgemein zu milde sind – insbesondere gegenüber jugendlichen Straftätern (59 Prozent). Zudem vertreten 56 Prozent die Meinung, dass die Gesetze in Deutschland viel zu kompliziert und für normale Bürger nicht verständlich sind.

Fast jeder zweite Haushalt hat eine Rechtsschutzversicherung, Bürger würden ab einem durchschnittlichen Streitwert von 1.840 Euro klagen

Zur Wahrnehmung ihrer Rechte setzen viele Bürger auf eine entsprechende Absicherung: Beinahe jeder zweite Haushalt in Deutschland hat eine Rechtsschutzversicherung, wobei die Verbreitung mit zunehmendem Haushaltsnettoeinkommen wächst. Insgesamt berichtet knapp jeder vierte Bundesbürger, dass er in den vergangenen fünf Jahren Situationen erlebt hat, in denen er die Hilfe eines Rechtsanwalts gut hätte gebrauchen können, dessen Hilfe dann aber doch nicht in Anspruch genommen hat.

Ein Grund dafür sind die hohen Rechtskosten, die die Deutschen scheuen. So würden sie bei einem finanziellen Schaden erst bei einem durchschnittlichen Streitwert von 1.840 Euro vor Gericht ziehen (2013: 1.950 Euro). Bemerkenswert ist, dass Männer erst ab einem durchschnittlichen Streitwert von mehr als 2.200 Euro klagen würden, Frauen hingegen bereits bei einem Betrag von rund 1.400 Euro. Zudem sind Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen zurückhaltender mit dem Prozessieren als Personen mit mittlerem oder höherem Einkommen.

Großteil der Bürger kennt die außergerichtliche Konfliktlösung und ist offen dafür

Da die Bevölkerung den Gang vor Gericht eher vermeiden will, ist sie Alternativen gegenüber aufgeschlossen. Die außergerichtliche Konfliktlösung betrachten 54 Prozent der Bürger als vielversprechende Möglichkeit – vier Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Auch ist die allgemeine Bekanntheit im Vergleich zum Vorjahr gestiegen: von 84 auf 87 Prozent. Erwartungsgemäß ist die Konfliktbeilegung ohne Beteiligung eines Gerichts in höheren Bildungsschichten bekannter als in einfachen Bildungsschichten.

Wachsender Nationalismus in Europa besorgt viele Bürger, mehrheitlich gemeinsame europäische Regelungen für viele Themen gewünscht

Der zunehmende Nationalismus in einigen Ländern beunruhigt viele Menschen in Deutschland: 60 Prozent sehen darin ein Risiko für die weitere Entwicklung Europas. Weiterhin sorgt sich die Bevölkerung über die hohe Staatsverschuldung vieler EU-Staaten (72 Prozent), über die nach Europa kommenden Flüchtlinge (64 Prozent), die hohe Jugendarbeitslosigkeit (61 Prozent) und dass die Unterschiede zwischen ärmeren und reicheren Ländern größer werden (61 Prozent). Somit zeigt sich: Die Bürger erachten vor allem innereuropäische Herausforderungen als zentral, weniger externe Konflikte wie beispielsweise den Handelsstreit zwischen den USA und China (35 Prozent).

Der Umstand, dass immer mehr Länder Europas verstärkt eigene Interessen verfolgen und dabei weniger Rücksicht auf andere Staaten nehmen, besorgt 58 Prozent sehr stark oder stark – lediglich 38 Prozent sind darüber weniger oder gar nicht besorgt. Überdurchschnittlich besorgt zeigen sich politisch Interessierte sowie die Anhänger von SPD und Grünen. Weniger besorgt sind hingegen politisch Desinteressierte sowie die Anhänger der AfD.

Bei der Frage, ob Deutschland in Zukunft selbst verstärkt eigene Interessen verfolgen sollte, ist das Stimmungsbild geteilt: 40 Prozent der Bürger halten dies für den richtigen Weg, 41 Prozent verneinen das. Die Forderung, sich verstärkt auf die eigenen Interessen zu konzentrieren und weniger Rücksicht auf andere Länder zu nehmen, vertreten vor allem bildungsferne Schichten sowie die ostdeutsche Bevölkerung.

Grundsätzlich plädieren die Deutschen dafür, viele Themen auf europäischer anstatt auf nationaler Ebene zu regeln. So sprechen sich beispielsweise 78 Prozent für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik aus, 73 Prozent für einheitliche Regeln bei der Schuldenpolitik der EU-Mitgliedsländer und 72 Prozent für eine gemeinsame Regelung der Zuwanderung. Entscheidungen zu Steuern, Abgaben und Sozialleistungen möchten die Bürger hingegen mehrheitlich in der nationalen Verantwortung belassen. Generell befürwortet die Mehrheit (78 Prozent) der Bevölkerung für Europa ein Bündnis einzelner Staaten, lediglich 17 Prozent sind für einen gemeinsamen europäischen Staat.

Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung

Hohes Vertrauen in das deutsche Rechtssystem – aber auch viel Kritik

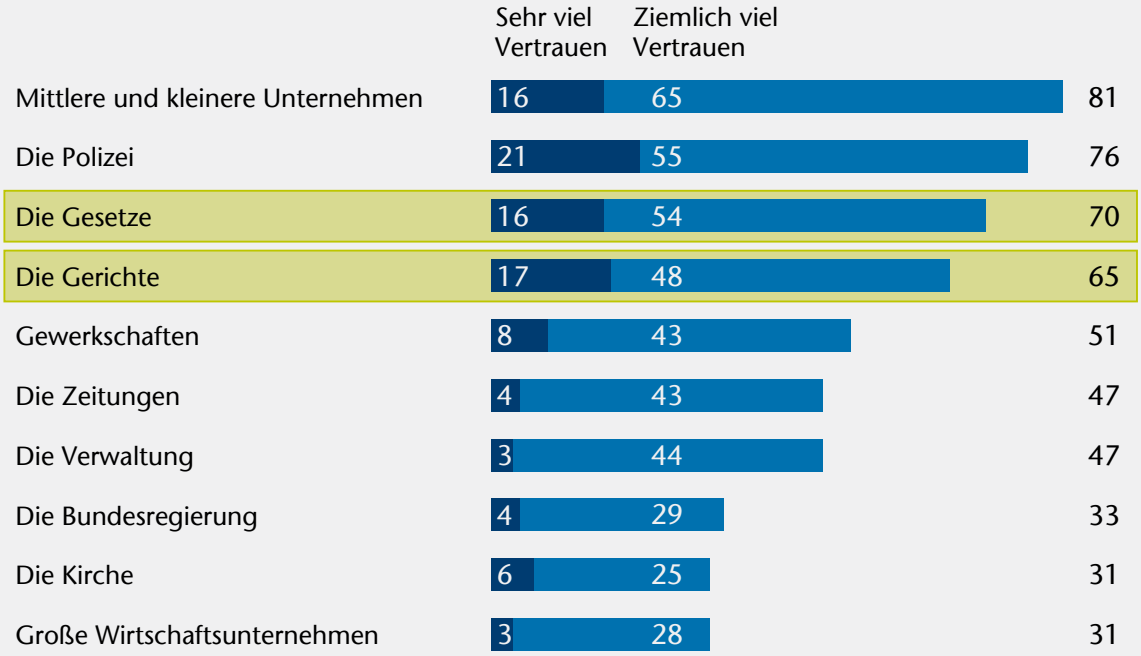
Das deutsche Rechtssystem genießt in der Bevölkerung nach wie vor ein hohes Maß an Vertrauen: 70 Prozent der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 65 Prozent in die Gerichte. Damit nehmen diese beiden Institutionen im Vergleich zu anderen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen eine herausgehobene Stellung ein. Größeres Vertrauen als der Justiz bringt die Bevölkerung nur kleineren und mittleren Unternehmen sowie der Polizei entgegen.

So haben 81 Prozent großes Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen, 76 Prozent in die Polizei. Gut jeder Zweite hat zudem sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gewerkschaften, jeweils 47 Prozent in Zeitungen und Verwaltung. Vergleichsweise wenig Vertrauen genießen die Bundesregierung, die Kirche sowie große Wirtschaftsunternehmen: Nur jeweils rund jeder Dritte hat sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in eine dieser drei Institutionen (Schaubild 1).

Schaubild 1

Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen

Frage: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?" (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)



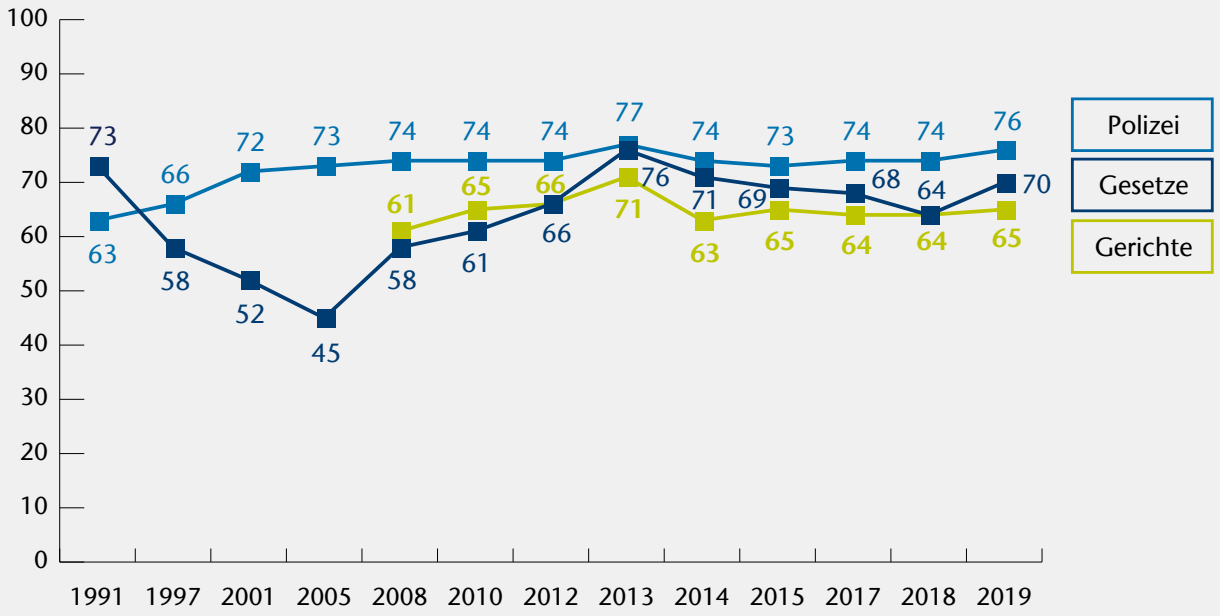
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Die Trendanalyse macht deutlich, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die deutschen Gerichte seit vielen Jahren relativ stabil ist. So bewegt sich das Vertrauen in die deutsche Gerichtsbarkeit seit gut zehn Jahren in der Bandbreite zwischen 61 und 71 Prozent, seit fünf Jahren stabil zwischen 63 und 65 Prozent. Das Vertrauen in die Gesetze ist hingegen etwas stärkeren Schwankungen unterlegen. So vertrauten direkt nach der Wiedervereinigung 73 Prozent der Bürger den Gesetzen in Deutschland, 2005 nur noch 45 Prozent. In den folgenden acht Jahren stieg das Vertrauen sukzessive wieder an und erreichte 2013 mit 76 Prozent den bis dahin höchsten Wert. Seither schwankt das Vertrauen in die Gesetze auf hohem Niveau zwischen 64 auf 71 Prozent; derzeit haben 70 Prozent sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze. Sehr viel stabiler als das Vertrauen in das Rechtssystem ist dasjenige in die Polizei. Seit 2001 oszilliert das Vertrauen in die Polizei im engen Spektrum zwischen 72 und 77 Prozent, aktuell liegt es bei 76 Prozent (Schaubild 2).

Schaubild 2

Nach wie vor stabil hohes Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

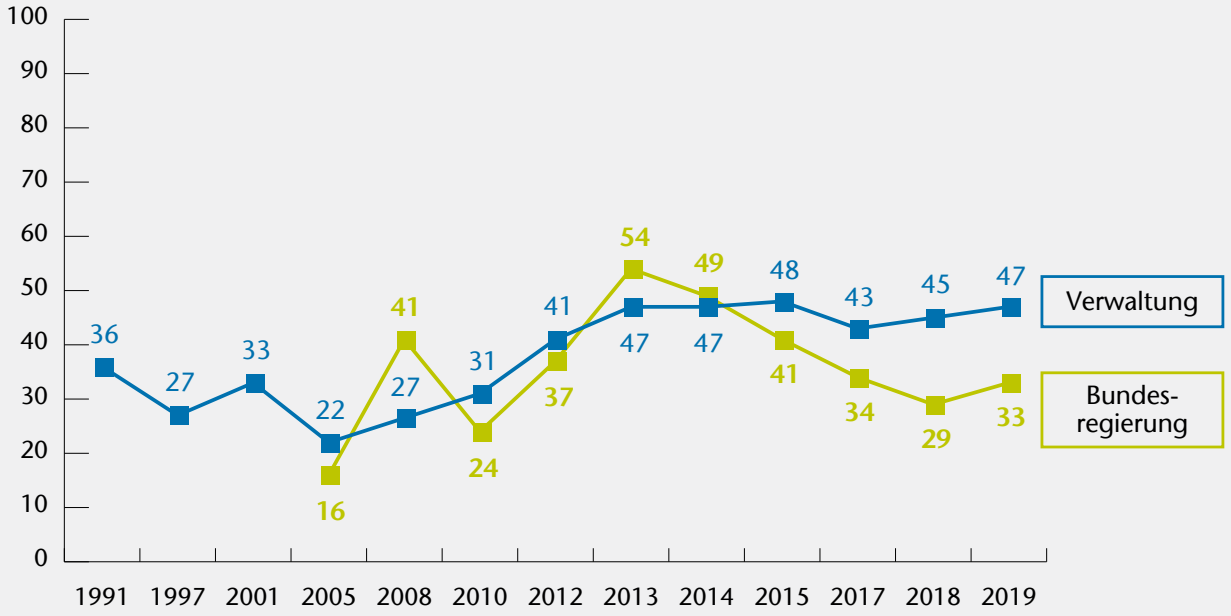
Andere Organe der Exekutive genießen in der Bevölkerung erheblich weniger Vertrauen. Insbesondere die Bundesregierung leidet seit mehreren Jahren unter einem zunehmenden Vertrauensverlust in weiten Teilen der Bevölkerung. Gleichzeitig wird im Langzeittrend jedoch sichtbar, dass das Vertrauen in die Bundesregierung großen Schwankungen unterliegt. Allein zwischen 2005 und 2013 pendelte der Anteil derer, die der Bundesregierung großes Vertrauen entgegenbringen, zwischen 16 und 54 Prozent. Seit sich die große Koalition zum zweiten Mal unter Kanzlerin Angela Merkel zusammengefunden hatte, sank das Vertrauen in die Regierung hingegen kontinuierlich: Zwischen 2013 und 2018 ging das Vertrauen in die Arbeit der Bundesregierung von 54 auf 29 Prozent zurück; zuletzt erholte es sich wieder auf immerhin 33 Prozent.

Deutlich positiver hat sich in den letzten rund 15 Jahren das Ansehen der Verwaltung in Deutschland entwickelt: So stieg das Vertrauen in die Verwaltung zwischen 2005 und 2015 kontinuierlich von 22 auf 48 Prozent an. Aktuell sind es 47 Prozent der Bevölkerung, die der Verwaltung ihr Vertrauen aussprechen (Schaubild 3).

Schaubild 3

Unverändert nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

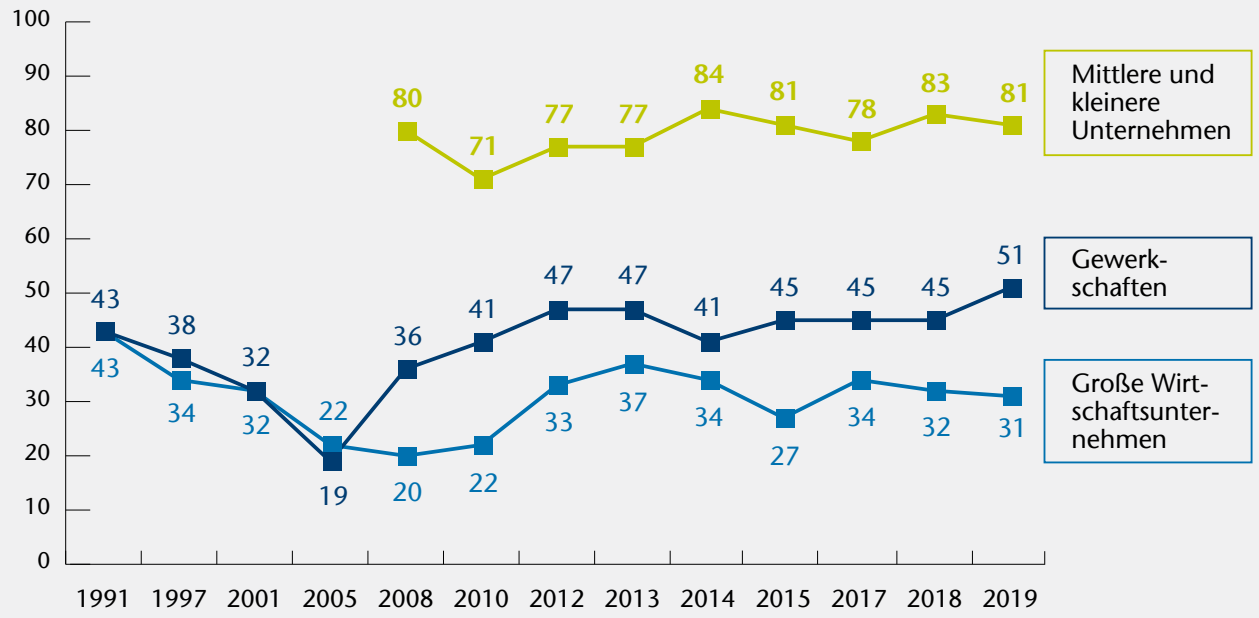
Das Vertrauen, das die deutsche Bevölkerung der Wirtschaft entgegenbringt, ist weiterhin von einer starken Differenzierung zwischen dem Mittelstand auf der einen und den Großunternehmen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Während das Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen außerordentlich groß ist, ist das Vertrauen in die großen Unternehmen eher gering. So vertrauen 81 Prozent den kleineren und mittleren Unternehmen, aber nur 31 Prozent den großen Unternehmen. Der Trendverlauf zeigt, dass die anhaltend gute Konjunktur in Deutschland vor allem das Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen gestärkt hat, während die Großunternehmen davon nur wenig profitieren konnten. Gleichzeitig sind die Wirtschaftsunternehmen – Mittelstand wie Großunternehmen – die einzigen ermittelten Institutionen, die heute weniger Vertrauen genießen als im Vorjahr.

Bemerkenswert robust ist das Vertrauen in die Gewerkschaften: Seit rund zehn Jahren bringen mehr als vier von zehn Bundesbürgern den Gewerkschaften sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen, aktuell ist es sogar gut jeder Zweite. Im Verlauf der letzten 12 Monate stieg dabei das Vertrauen in die Gewerkschaften von 45 auf 51 Prozent (Schaubild 4).

Schaubild 4

Mehr Vertrauen in die Gewerkschaften

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

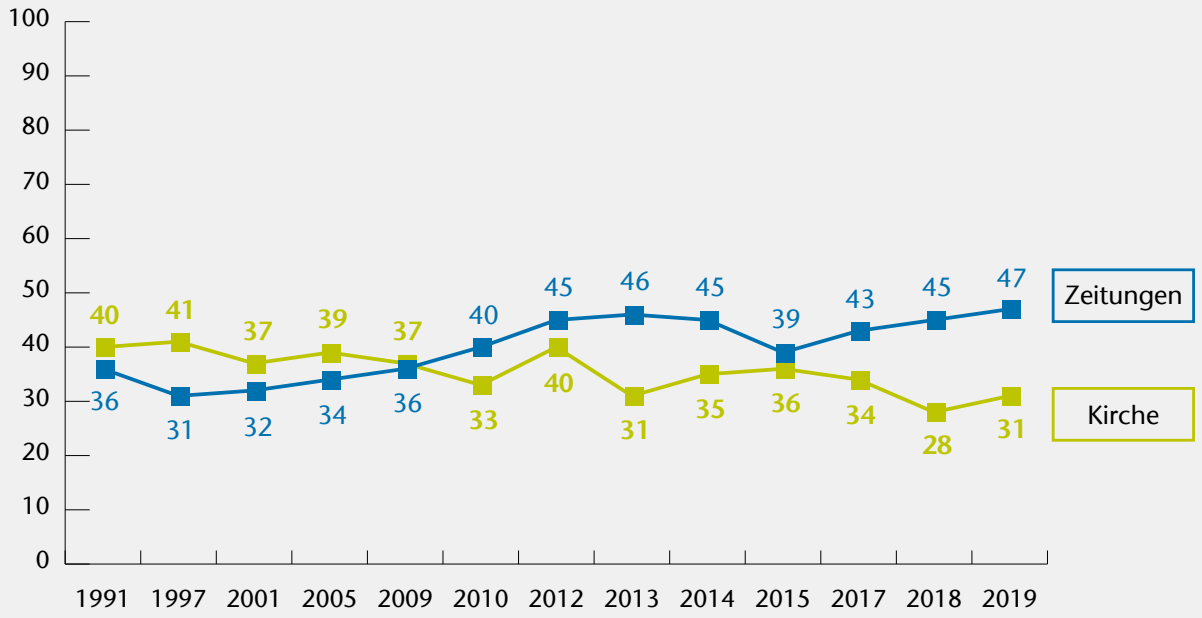
Leicht zugenommen hat zuletzt auch das Vertrauen in die Kirchen. Allerdings vertrauen nach wie vor lediglich 31 Prozent der Bürger der Institution Kirche. Das Vertrauen in die Kirchen ist bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren spürbar zurückgegangen. Die mittlerweile seit einigen Jahren anhaltenden Diskussionen um Missbrauchsfälle in der Kirche und die aus Sicht der Bevölkerung oftmals nur zögerliche Aufklärung haben zusätzlich dazu beigetragen, dass das Vertrauen in die beiden großen Kirchen in Deutschland auf niedrigem Niveau bleibt.

Das Vertrauen gegenüber den Zeitungen ist – von einem kleinen Einbruch im Jahr 2015 abgesehen, als das Vertrauen im Zuge der Berichterstattung der Medien über die Flüchtlingskrise kurzfristig sichtbar zurückgegangen war – seit vielen Jahren äußerst stabil. Derzeit bringen 47 Prozent der Bevölkerung den Zeitungen sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen (Schaubild 5).

Schaubild 5

Tendenziell mehr Vertrauen in Zeitungen und Kirche

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

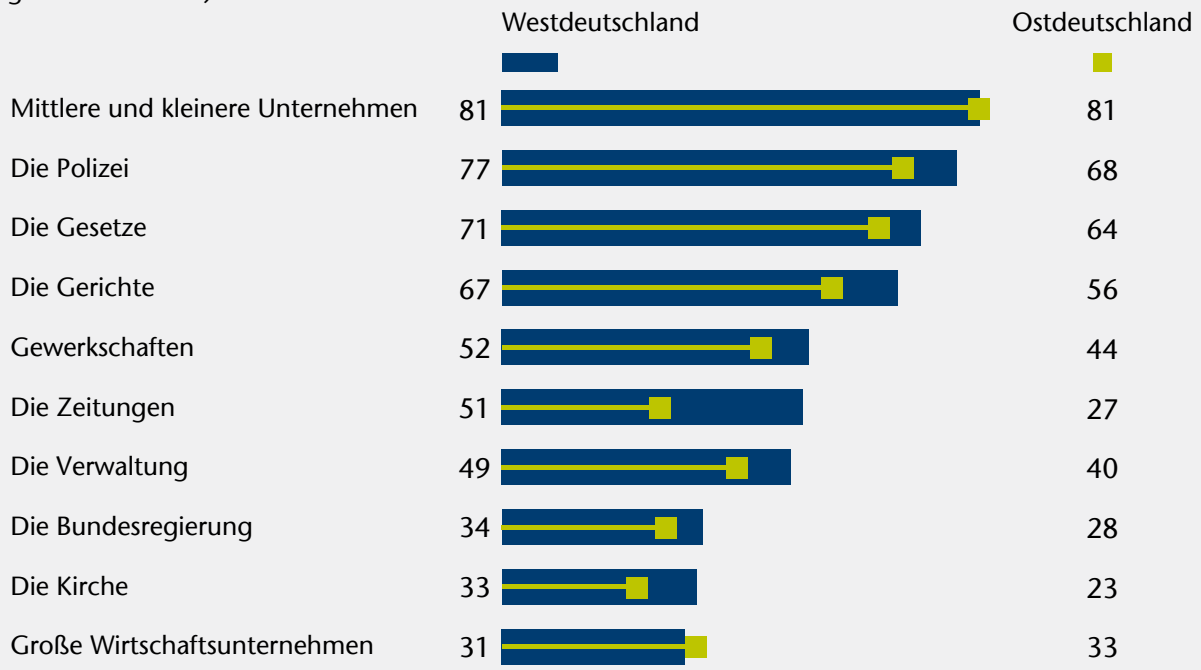
Nach wie vor ist in Ostdeutschland das Misstrauen gegenüber den Zeitungen deutlich größer als in Westdeutschland. Während im Westen des Landes gut jeder Zweite den Zeitungen vertraut, ist es in Ostdeutschland nur gut jeder Vierte. Bei keiner anderen Institution liegt das Maß an Vertrauen in Ost und West so weit auseinander. Der Vergleich zeigt, dass es jedoch auch in anderen Bereichen weiterhin zum Teil deutliche Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. So vertrauen 49 Prozent der westdeutschen, aber nur 40 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung der Verwaltung in Deutschland, 77 Prozent der Westdeutschen, aber nur 68 Prozent der Ostdeutschen haben großes Vertrauen in die Polizei und 52 Prozent im Westen, aber nur 44 Prozent im Osten vertrauen den Gewerkschaften.

Ebenfalls deutlich auseinander fällt in Ost- und Westdeutschland das Vertrauen in das Rechtssystem. 71 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, aber nur 64 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung haben großes Vertrauen in die Gesetze des Landes. Den Gerichten sprechen 67 Prozent im Westen des Landes, aber nur 56 Prozent im Osten ihr Vertrauen aus. Die Ergebnisse sind ein Beleg dafür, dass sich die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in Ost und West auch knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin in den grundsätzlichen Einstellungen zum Staat und seinen Institutionen widerspiegeln (Schaubild 6).

Schaubild 6

Zum Teil deutlich geringeres Institutionenvertrauen in Ostdeutschland

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Trotz des großen Vertrauens, das die Bevölkerung den Gesetzen und Gerichten entgegenbringt, äußern viele Bundesbürger zum Teil deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik auf vier Bereiche:

- zu lange Verfahrensdauer durch die Arbeitsüberlastung der Gerichte,
- eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung,
- zu milde Strafen und
- zu komplizierte Gesetze.

Die größte Kritik übt die Bevölkerung an der langen Verfahrensdauer: 85 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass viele Verfahren in Deutschland zu lange dauern; 83 Prozent halten zudem die Gerichte für überlastet.

Darüber hinaus äußert ein Großteil der Bevölkerung Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht: 61 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 62 Prozent halten zudem die Rechtsprechung in Deutschland ganz allgemein für uneinheitlich. Urteil und Strafmaß hängen ihrer Meinung nach stark vom jeweils zuständigen Gericht ab.

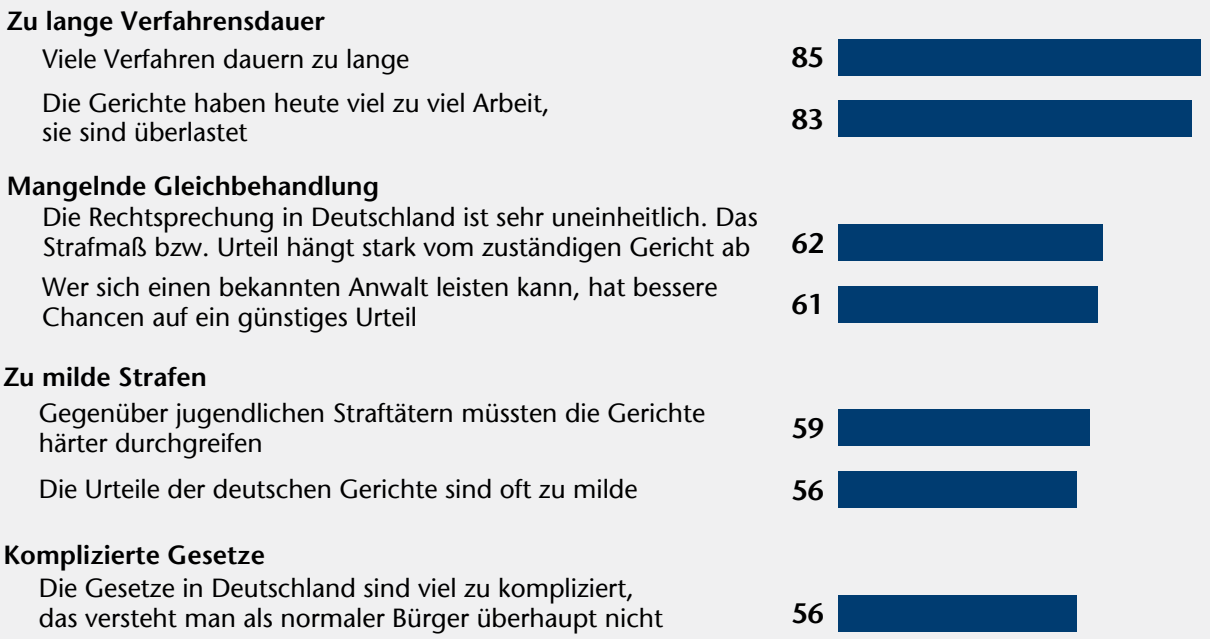
Zum Dritten werden die in Deutschland verhängten Strafen von vielen als zu milde kritisiert: 56 Prozent der Bevölkerung halten die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein für zu milde. Noch mehr missfällt den Bürgern, dass ihrer Meinung nach zu viele Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern zu nachsichtig sind. So würden sich 59 Prozent ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen.

Schließlich kritisiert ein Großteil der Bevölkerung die aus ihrer Sicht zu komplizierte Gesetzgebung in Deutschland: 56 Prozent der Bürger halten die Gesetze für zu kompliziert und bezweifeln, dass man sie als normaler Bürger verstehen kann (Schaubild 7).

Schaubild 7

Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“ (Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



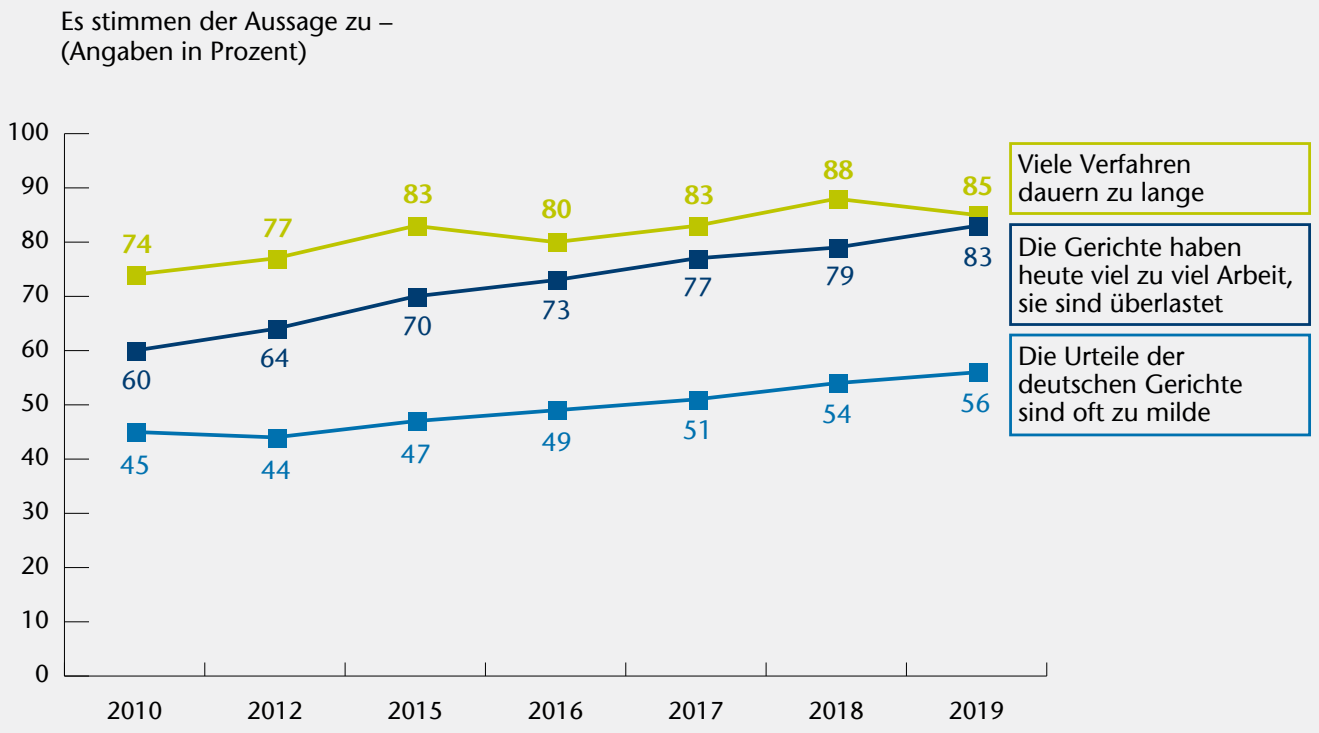
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Im Langzeittrend wird sichtbar, dass insbesondere die Kritik an der Überlastung der Gerichte sowie am Strafmaß zugenommen hat. Der Anteil derer, die das Gefühl haben, dass die Gerichte in Deutschland überlastet sind, hat sich in den vergangenen rund zehn Jahren kontinuierlich erhöht. Meinten 2010 noch 60 Prozent der Bürger, dass die Gerichte zu viel Arbeit haben, sind es mittlerweile 83 Prozent. Der Anteil derer, die überzeugt sind, dass viele Verfahren zu lange dauern, stieg im selben Zeitraum von 74 auf 85 Prozent. Allerdings teilten vor einem Jahr mit 88 Prozent noch etwas mehr Bürger diese Auffassung.

Parallel zum Eindruck der Überlastung stieg auch der Eindruck, dass die in Deutschland verhängten Strafen zu milde sind. Seit 2010 hat sich der Kreis derer, die der Auffassung sind, dass viele Gerichte zu milde Urteile aussprechen, von 45 auf 56 Prozent erhöht (Schaubild 8).

Schaubild 8

Kritik an der Überlastung der Gerichte und am Strafmaß hat zugenommen



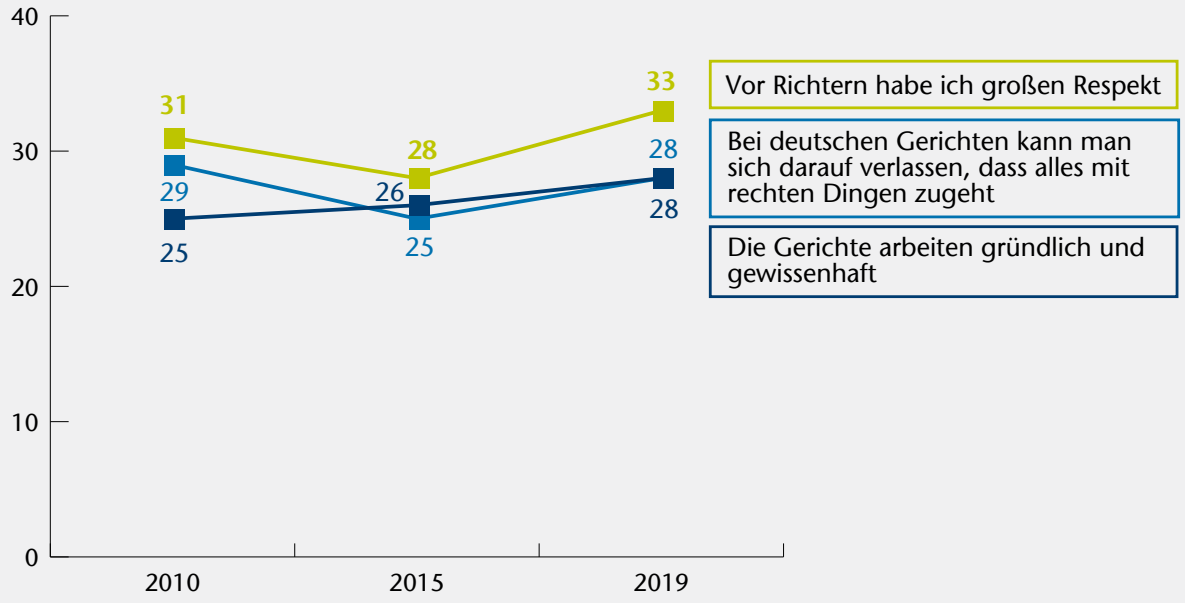
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

Nach wie vor überwiegen im detaillierten Bild vom deutschen Rechtssystem die kritischen Stimmen eindeutig. Vergleichsweise wenige Bürger stimmen ausdrücklich positiven Aussagen über die Justiz zu. Immerhin 33 Prozent geben zu Protokoll, dass sie großen Respekt vor Richtern haben. Jeweils 28 Prozent sind zudem überzeugt, dass man sich bei deutschen Gerichten darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht und dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten. Der Trendvergleich der letzten Jahre zeigt, dass den positiven Aussagen über die deutsche Justiz heute wieder etwas häufiger zugestimmt wird als im Jahr 2015 und in etwa gleich hohem Maße wie 2010 (Schaubild 9).

Schaubild 9

Tendenziell mehr Unterstützung für die Arbeit der deutschen Gerichte

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



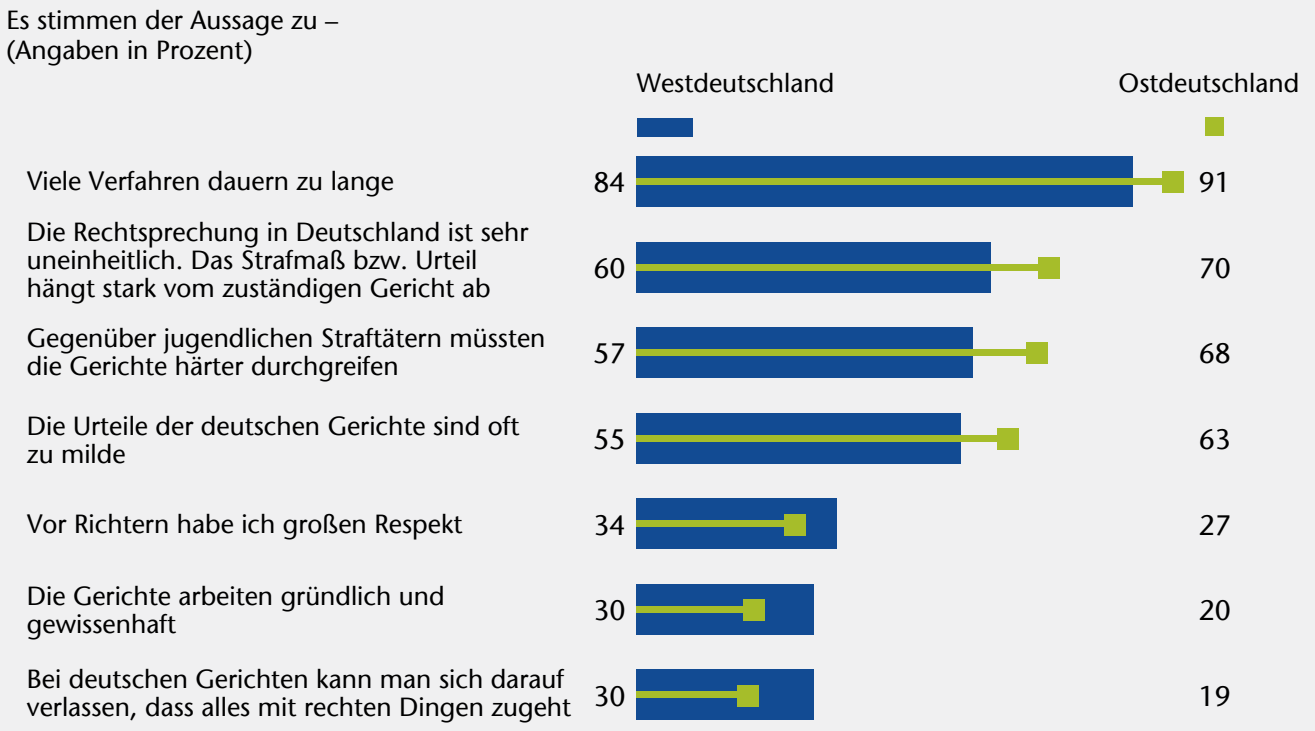
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

Besonders kritisch fällt das Urteil über die Integrität der deutschen Gerichte in Ostdeutschland aus: Lediglich 19 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung glauben, dass man sich darauf verlassen kann, dass bei den Gerichten alles mit rechten Dingen zugeht. Auch der Eindruck, dass die Gerichte gründlich und gewissenhaft arbeiten, sowie der Respekt vor den Richtern ist im Osten des Landes wesentlich schwächer ausgeprägt als im Westen. Gleichzeitig übt die ostdeutsche Bevölkerung weit überdurchschnittlich Kritik an der Verfahrensdauer, der Einheitlichkeit der Rechtsprechung sowie am Strafmaß der deutschen Gerichte.

So würden sich 68 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 57 Prozent der Westdeutschen ein härteres Durchgreifen gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen. 63 Prozent der ostdeutschen – gegenüber 55 Prozent der westdeutschen Bevölkerung – halten die Urteile der Gerichte ganz allgemein für zu milde. Dass die Verfahren in Deutschland zu lange dauern, meinen 91 Prozent in den neuen Bundesländern, gegenüber 84 Prozent in den alten Bundesländern. Dass die Rechtsprechung in Deutschland uneinheitlich ist, finden 70 Prozent der Ostdeutschen, aber nur 60 Prozent der Westdeutschen (Schaubild 10).

Schaubild 10

Unterschiedliche Einstellungen zum Rechtssystem in Ost- und Westdeutschland



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

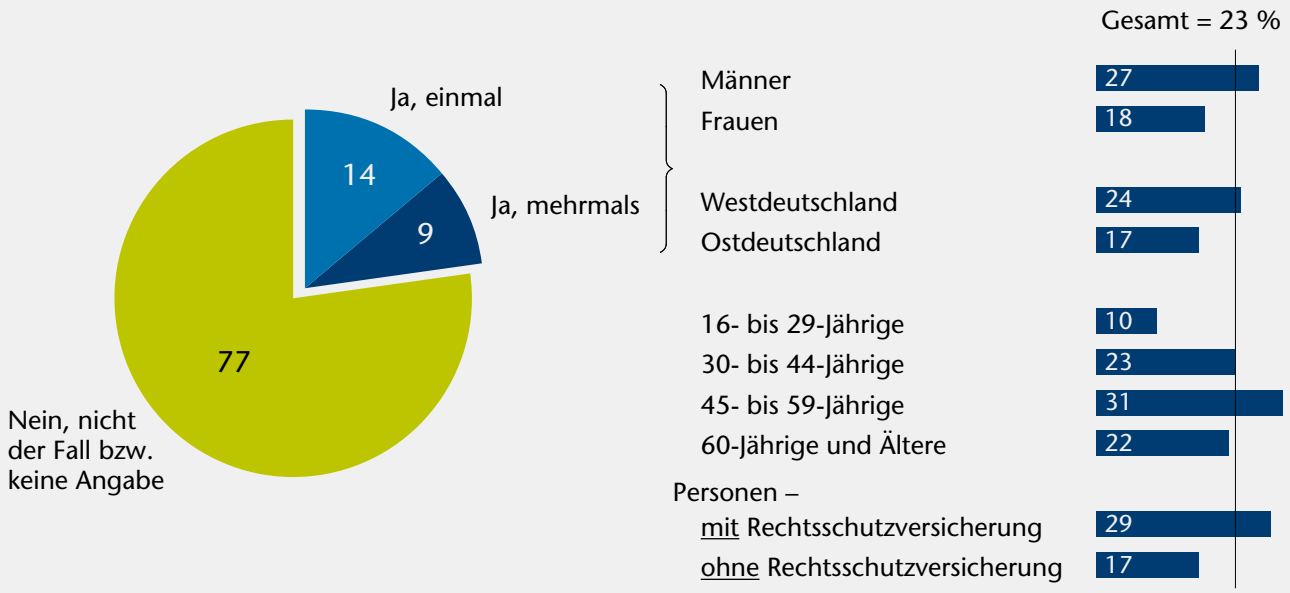
Erfahrungen mit dem Rechtssystem

Knapp jeder vierte Bundesbürger stützt sein Urteil über das deutsche Rechtssystem nicht nur auf eine Außenperspektive, sondern hat bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht: 23 Prozent der Bevölkerung waren in den vergangenen zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt, sei es als Zeuge, Kläger oder auch als Beklagter. 14 Prozent waren einmal, 9 Prozent sogar mehrmals an Gerichtsprozessen beteiligt. Überdurchschnittlich oft sind Männer sowie Personen mittleren Alters zwischen 45 und 59 Jahren in Gerichtsverfahren involviert. Ebenfalls überproportional oft sind Personen an Gerichtsverfahren beteiligt, die eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben. Von dieser Personengruppe waren 29 Prozent in den vergangenen zehn Jahren persönlich in ein Gerichtsverfahren involviert (Schaubild 11).

Schaubild 11

Prozessbeteiligte

Frage: „Waren Sie in den letzten 10 Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter oder als Zeuge, oder war das nicht der Fall?" (Angaben in Prozent)



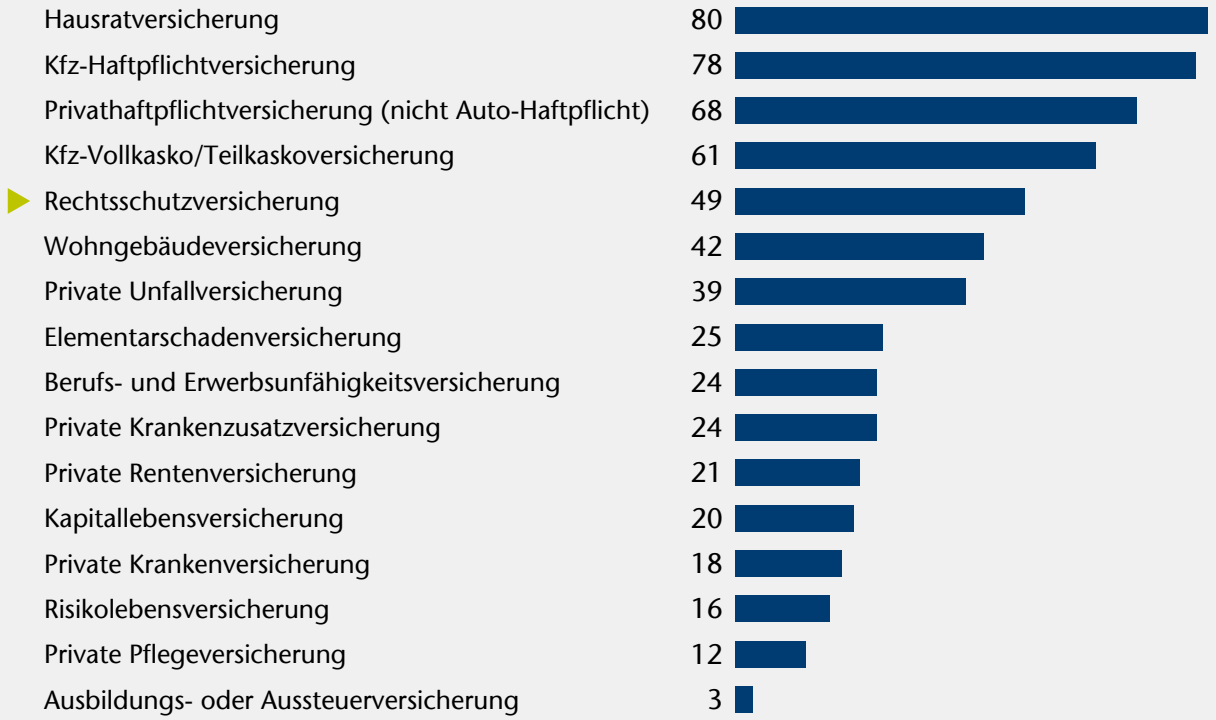
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Der Besitz von Rechtsschutzversicherungen ist dabei recht weit verbreitet. Fast jeder zweite Haushalt verfügt über eine solche Versicherung. Unter allen Versicherungsarten sind Hausratversicherungen, Kfz-Haftpflichtversicherungen und Privathaftpflichtversicherungen am weitesten verbreitet. 80 Prozent aller Haushalte in Deutschland haben eine Hausratversicherung abgeschlossen, 78 Prozent eine Haftpflichtversicherung für ihren Pkw und 68 Prozent eine private Haftpflichtversicherung. Ähnlich weit verbreitet wie Rechtsschutzversicherungen sind Wohngebäudeversicherungen sowie private Unfallversicherungen, über die 42 bzw. 39 Prozent aller Haushalte verfügen (Schaubild 12).

Schaubild 12

Versicherungsbesitz im Haushalt

Es haben für sich oder jemanden im Haushalt abgeschlossen – (Angaben in Prozent)

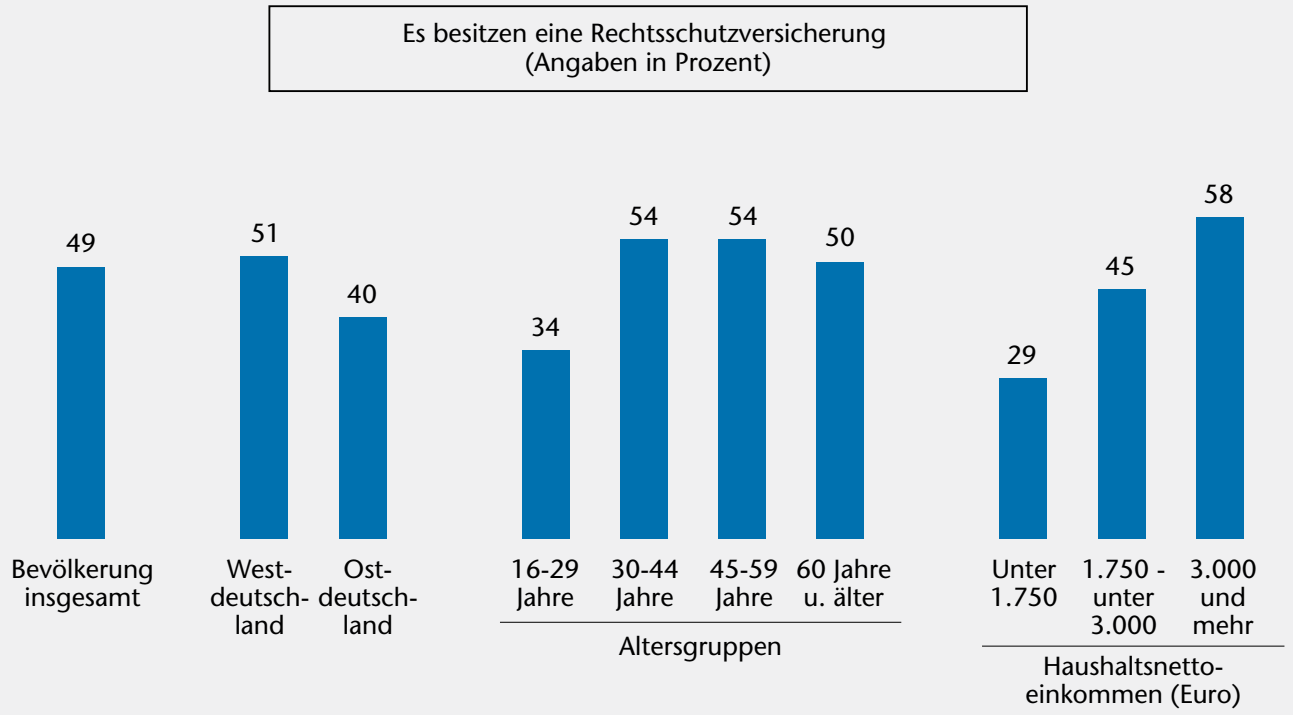


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Der Besitz von Rechtsschutzversicherungen ist in Westdeutschland stärker verbreitet als im Osten des Landes und in den mittleren Altersgruppen stärker als in der jungen Generation. Zudem besteht ein enger Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen eines Haushalts und dem Besitz einer Rechtschutzversicherung. So verfügen 58 Prozent der Haushalte mit hohem Nettoeinkommen über eine Rechtsschutzversicherung, aber nur 29 Prozent der Haushalte aus den unteren Einkommensgruppen (Schaubild 13).

Schaubild 13

Mehr Rechtsschutzversicherungen in Westdeutschland und in höheren Einkommensgruppen



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

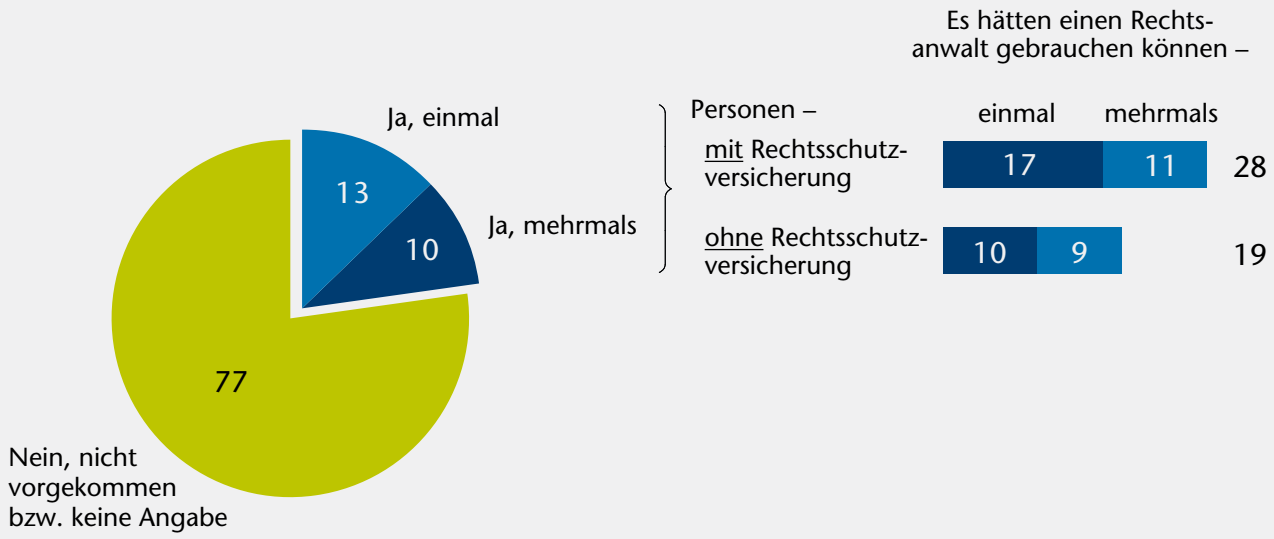
Personen, die über eine Rechtsschutzversicherung verfügen, haben in den vergangenen fünf Jahren auch überdurchschnittlich oft Situationen erlebt, in denen sie gut rechtlichen Beistand hätten gebrauchen können, diesen dann aber nicht in Anspruch genommen haben. 28 Prozent von denen, die eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben, berichten von solchen Situationen; 17 Prozent von ihnen haben in den letzten fünf Jahren sogar mehrere dieser Situationen erlebt. Von Personen ohne Rechtsschutzversicherung geben nur 19 Prozent zu Protokoll, dass ihnen in den vergangenen Jahren rechtlicher Beistand gefehlt hat, den sie gerne in Anspruch genommen hätten. Dieser Befund verdeutlicht, dass Personen, die eine Rechtsschutzversicherung besitzen, zwar überdurchschnittlich oft an Gerichtsverfahren beteiligt sind, aber dennoch nicht dazu neigen, wegen jeder Kleinigkeit vor Gericht zu ziehen. Denn mehr noch als Personen, die keine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen haben, neigen Personen mit Rechtsschutzversicherung dazu, auch dann auf anwaltliche Hilfe zu verzichten, wenn sie den rechtlichen Beistand eigentlich hätten gut gebrauchen können.

Insgesamt berichtet knapp jeder vierte Bundesbürger davon, dass er in den vergangenen fünf Jahren Situationen erlebt hat, in denen er die Hilfe eines Rechtsanwalts gut hätte gebrauchen können, dessen Hilfe dann aber doch nicht in Anspruch genommen hat. 13 Prozent der Bevölkerung haben dies in den letzten fünf Jahren einmal, weitere 10 Prozent mehrmals erlebt (Schaubild 14).

Schaubild 14

Rechtlicher Beistand

Frage: „Wenn Sie einmal an die letzten 5 Jahre zurückdenken: Hat es da bei Ihnen einmal oder mehrmals Situationen gegeben, in denen Sie rechtlichen Beistand, z.B. die Hilfe eines Rechtsanwalts, gut hätten gebrauchen können, diesen aber nicht in Anspruch genommen haben, oder ist das bei Ihnen nicht vorgekommen?" (Angaben in Prozent)



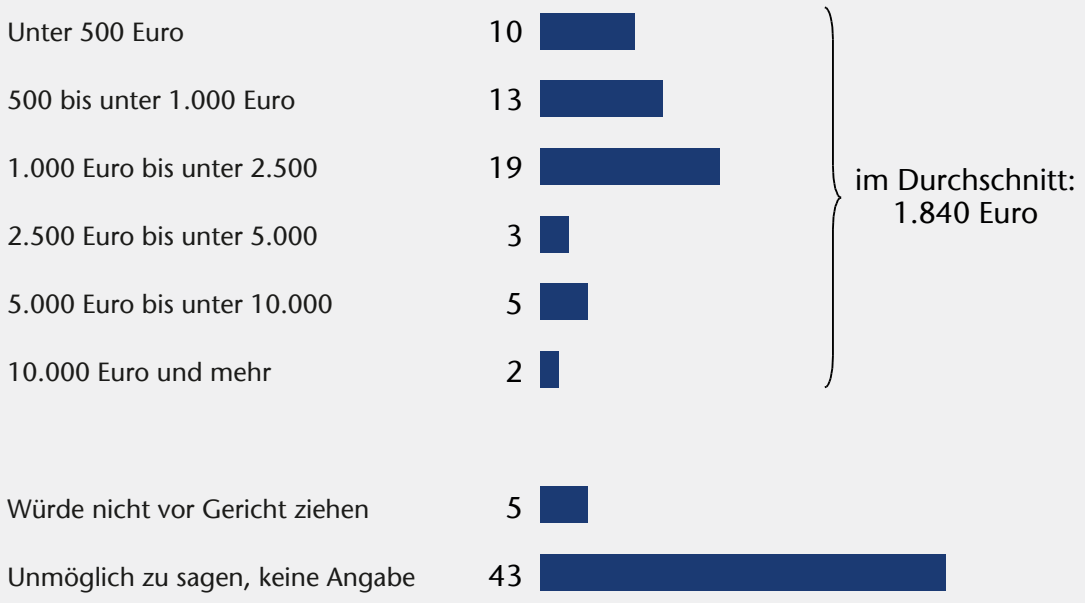
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Die Gründe, die dazu führen, dass man keinen rechtlichen Beistand hinzuzieht, obgleich dies durchaus wünschenswert erscheint, sind sicherlich ganz unterschiedlich. Einer davon ist die Höhe des Streitwerts, ab dem man überhaupt eine rechtliche Auseinandersetzung beginnen würde. Der durchschnittliche Streitwert, ab dem die Bürger bei einem finanziellen Schaden vor Gericht ziehen würden, liegt derzeit bei 1.840 Euro. 23 Prozent würden bereits bei einem Streitwert von unter 1.000 Euro einen Gerichtsprozess anstrengen, für 7 Prozent müsste der finanzielle Schaden hingegen bei 5.000 Euro und mehr liegen, damit sie vor Gericht ziehen würden (Schaubild 15).

Schaubild 15

Ab welchem Streitwert würden die Bürger vor Gericht ziehen?

Frage: „Einmal angenommen, Sie streiten mit jemandem um einen finanziellen Schaden, z.B. weil Ihnen jemand Geld schuldet oder weil es einen Unfall gab: Ab welchem Betrag, um den gestritten wird, würden Sie vermutlich vor Gericht ziehen, bei welcher Summe ungefähr?" (Angaben in Prozent)



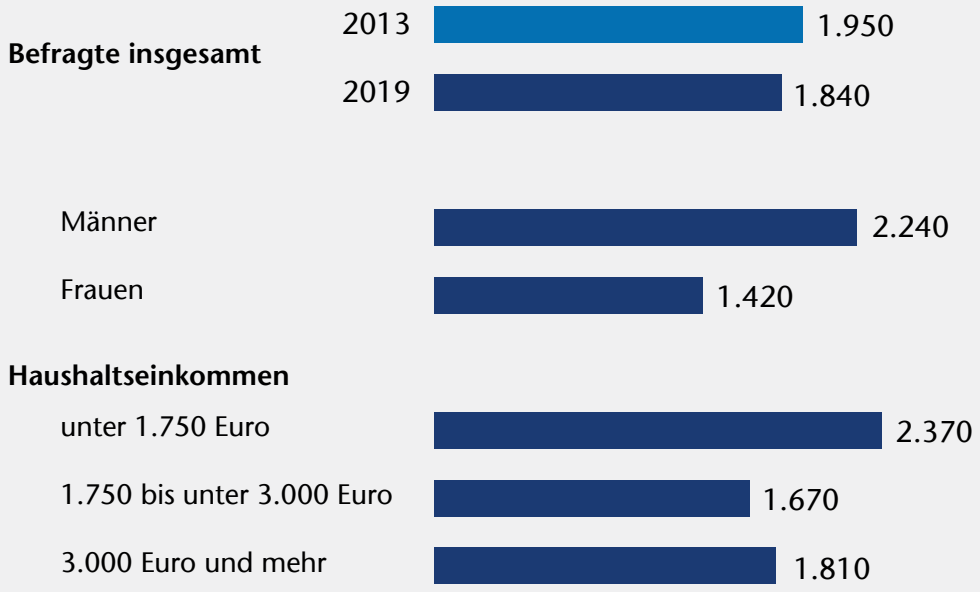
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Die Höhe des Streitwerts ist aktuell etwas niedriger als 2013, als dieser Wert zum letzten Mal ermittelt wurde. Vor sechs Jahren lag der durchschnittliche Streitwert, ab dem jemand bei einem finanziellen Schaden vor Gericht ziehen würde, noch bei 1.950 Euro. Bemerkenswert ist, dass die Messlatte bei Männern höher liegt als bei Frauen. So würden Männer erst ab einem durchschnittlichen Streitwert von mehr als 2.200 Euro vor Gericht ziehen, Frauen hingegen bereits bei einem Betrag von rund 1.400 Euro. Auch Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen sind zurückhaltender mit dem Prozessieren als Personen mit mittlerem oder höherem Einkommen. So geben Personen mit einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen zu Protokoll, dass sie ab einem durchschnittlichen Streitwert von 2.370 Euro vor Gericht ziehen würden, Personen mit einem höheren Haushaltsnettoeinkommen bei rund 1.800 Euro und Personen aus den mittleren Einkommensklassen bereits ab einem Streitwert von durchschnittlich knapp 1.700 Euro (Schaubild 16).

Schaubild 16

Höhe des Streitwerts aktuell etwas niedriger als 2013

Es würden bei finanziellen Streitigkeiten im Durchschnitt ab folgendem Betrag vor Gericht ziehen – (Angaben in Euro)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11016 (Oktober 2013) und 12012 (November 2019)

Die außergerichtliche Streitbeilegung im Urteil der Bevölkerung

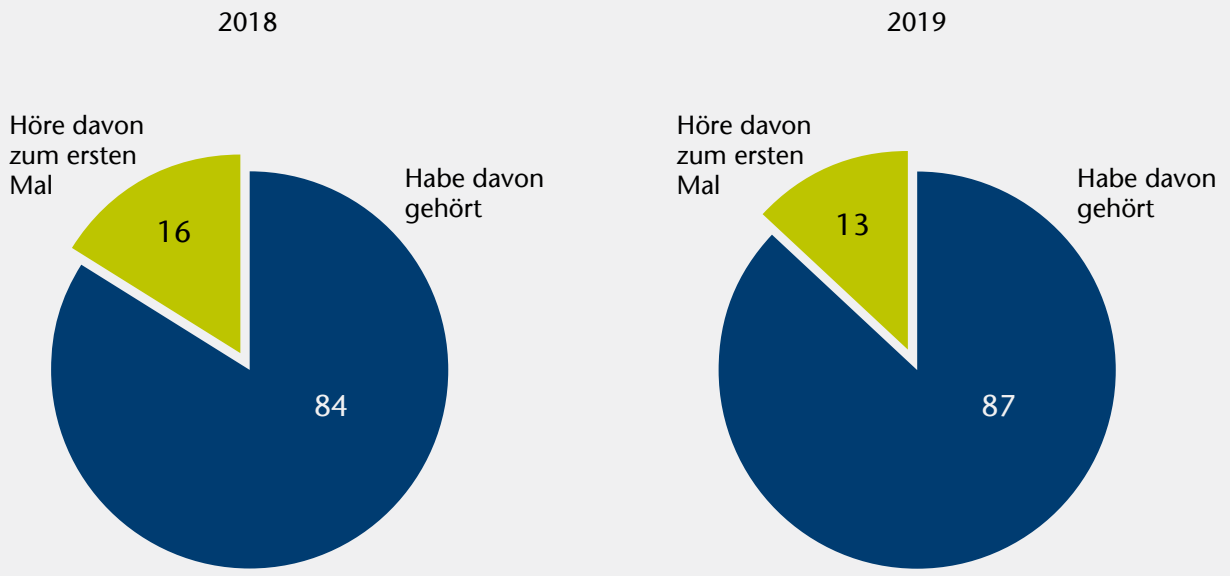
Die Befunde des vorangegangenen Kapitels sind ein Beleg dafür, dass einer Mehrheit der Bevölkerung der Gedanke, vor Gericht treten zu müssen, eher unangenehm ist. Vor diesem Hintergrund gewinnen Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung für viele an Attraktivität. Mit dem ROLAND Rechtsreport konnte in der Vergangenheit bereits häufiger gezeigt werden, dass die Bevölkerung Angeboten der außergerichtlichen Streitbeilegung einen hohen Stellenwert beimisst. Ging es dabei in den ersten Jahren zunächst um das Verfahren der Mediation als eine mögliche Form der Einigung ohne Gerichtsverfahren, wurde das Thema seit letztem Jahr erweitert und die Bekanntheit sowie das Urteil über die außergerichtliche Streitbeilegung ermittelt.

Die Bekanntheit der außergerichtlichen Streitbeilegung ist außerordentlich hoch. 87 Prozent der Bevölkerung haben bereits davon gehört, dass es neben dem Gerichtsverfahren die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung gibt; vor einem Jahr waren es 84 Prozent. Lediglich 13 Prozent haben derzeit noch nie etwas von der Möglichkeit einer außergerichtlichen Einigung gehört. Erwartungsgemäß ist die Konfliktbeilegung ohne Beteiligung eines Gerichts in höheren Bildungsschichten bekannter als in einfachen Bildungsschichten. So kennen 94 Prozent der Personen mit höherer Schulbildung die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung. Von Personen mit einfachem Schulabschluss sind es immerhin noch 83 Prozent (Schaubild 17).

Schaubild 17

Bekanntheitsgrad der außergerichtlichen Streitbeilegung weiterhin auf sehr hohem Niveau

Frage: „Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung, z.B. die Mediation oder die Schlichtung. Dabei versuchen die beiden Streitparteien mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen. Haben Sie von dieser Möglichkeit schon einmal gehört, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11095 (November 2018) und 12012 (November 2019)

Für die Bewertung der außergerichtlichen Streitbeilegung wurde den Befragten folgende detaillierte Beschreibung der Einzelheiten des Verfahrens vorgelegt:

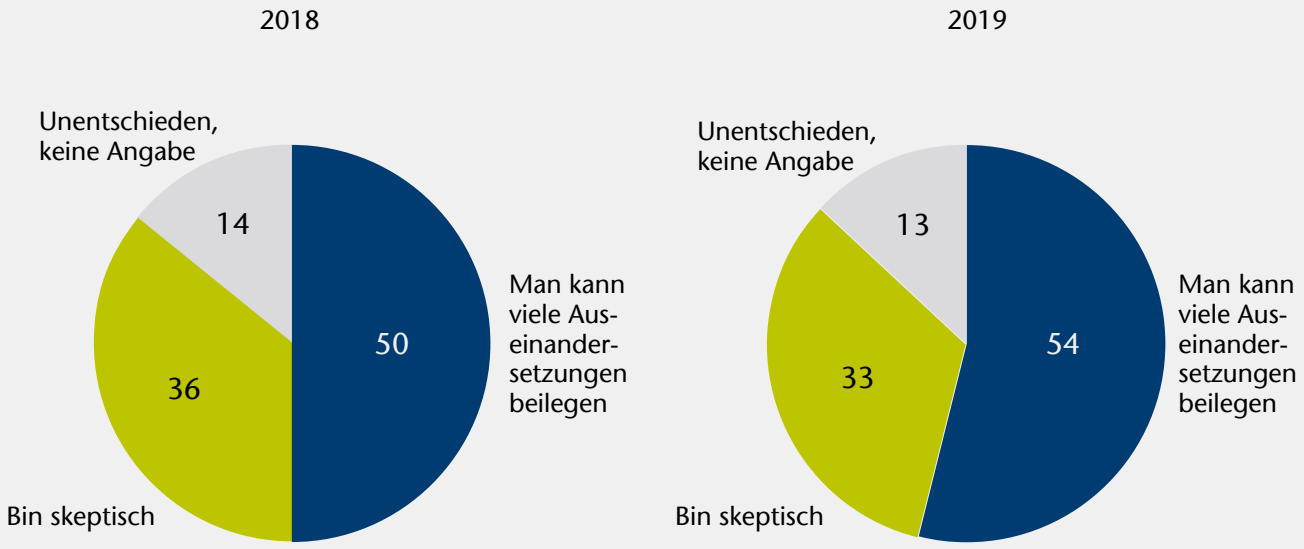
- Die Teilnahme an solchen Verfahren ist freiwillig.
- Die beiden Streitparteien versuchen mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen.
- Der Vermittler unterstützt die beiden Streitparteien bei der Suche nach einer Konfliktlösung.
- Ob und wie die Parteien sich einigen, entscheiden sie alleine. Sie können sich aber auch rechtlich beraten lassen.

Auf Basis dieser Informationen bewertet die Bevölkerung die Erfolgschancen der außergerichtlichen Streitbeilegung überwiegend positiv. 54 Prozent sind überzeugt, dass sich mit einem solchen Verfahren viele Streitigkeiten beilegen lassen, nur jeder Dritte äußert sich skeptisch. Im Vergleich zum Vorjahr werden die Erfolgschancen der außergerichtlichen Einigung tendenziell sogar etwas positiver beurteilt. Vor einem Jahr meinten noch 50 Prozent, dass sich mithilfe der außergerichtlichen Streitbeilegung viele rechtliche Auseinandersetzungen lösen ließen (Schaubild 18).

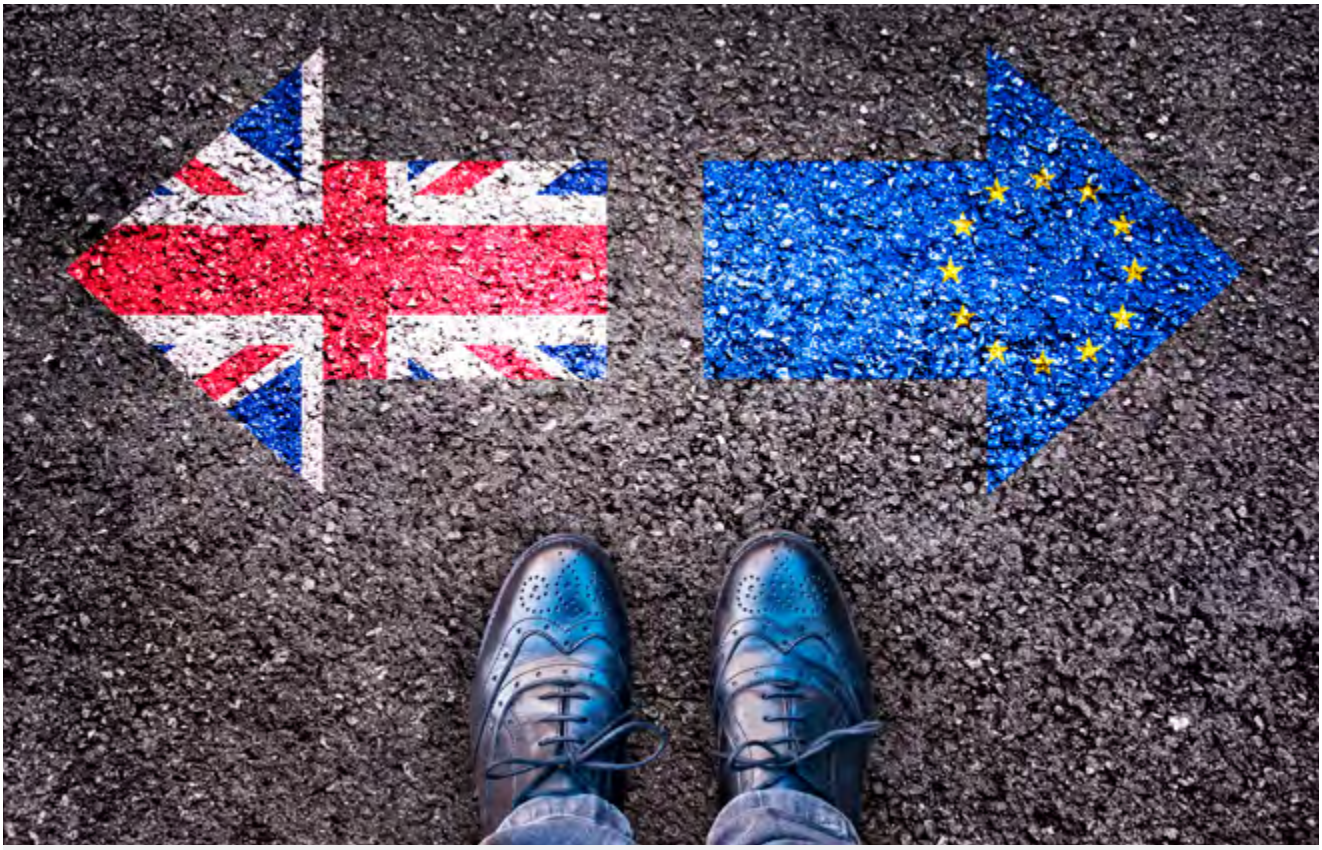
Schaubild 18

Gut jeder Zweite ist von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt

Frage: „Hier stehen einige Einzelheiten der außergerichtlichen Streitbeilegung aufgeschrieben. Wenn Sie sich das bitte einmal durchlesen. Einmal ganz allgemein gefragt: Glauben Sie, dass man mit einem solchen Verfahren viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen kann, oder sind Sie da skeptisch?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11095 (November 2018) und 12012 (November 2019)



Teil B Einstellung der Bevölkerung zum wachsenden Nationalismus in Europa

Viel Beunruhigung wegen des zunehmenden Nationalismus in Europa

Der zunehmende Nationalismus in Europa beunruhigt viele Menschen in Deutschland. Gleichzeitig sieht die Mehrheit der Bevölkerung noch andere erhebliche Risiken, mit denen Europa konfrontiert ist. Fragt man die Bürger nach den großen Risiken für die weitere Entwicklung Europas, stehen an der Spitze die hohe Staatsverschuldung vieler EU-Staaten, die Flüchtlingssituation, die sozialen Unterschiede, die hohe Jugendarbeitslosigkeit sowie der steigende Nationalismus. So halten 72 Prozent die hohen Staatsschulden vieler EU-Länder für ein großes Risiko für Europas zukünftige Entwicklung, 64 Prozent die Flüchtlinge, die nach Europa kommen, 61 Prozent die zunehmenden Unterschiede zwischen den ärmeren und reicheren Ländern Europas. Ebenfalls 61 Prozent sind über die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen EU-Staaten herrscht, besorgt, 60 Prozent über den zunehmenden Nationalismus in Europa. Weitere 57 Prozent sehen in den unterschiedlichen Interessen einzelner EU-Staaten ein großes Risiko für die weitere Entwicklung Europas, 55 Prozent auch in der demografischen Entwicklung und jeweils 50 Prozent in den bürokratischen Strukturen der EU sowie im Klimawandel.

Weit weniger Sorgen bereitet den Bürgern das Verhältnis zu den USA, die wirtschaftliche Lage in der Euro-Zone, der Handelsstreit zwischen den USA und China sowie die Globalisierung. So halten nur 27 Prozent der Bevölkerung die Globalisierung für ein großes Risiko für die weitere Entwicklung Europas. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Mehrheit der Bevölkerung keinen Zweifel daran hat, dass die Wirtschaft insgesamt von der Globalisierung profitiert (Schaubild 19 auf der nächsten Seite).

Schaubild 19

Risiken für die weitere Entwicklung Europas

Frage: „Was meinen Sie: Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Europa, wo sehen Sie da vor allem Gefahren?" (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

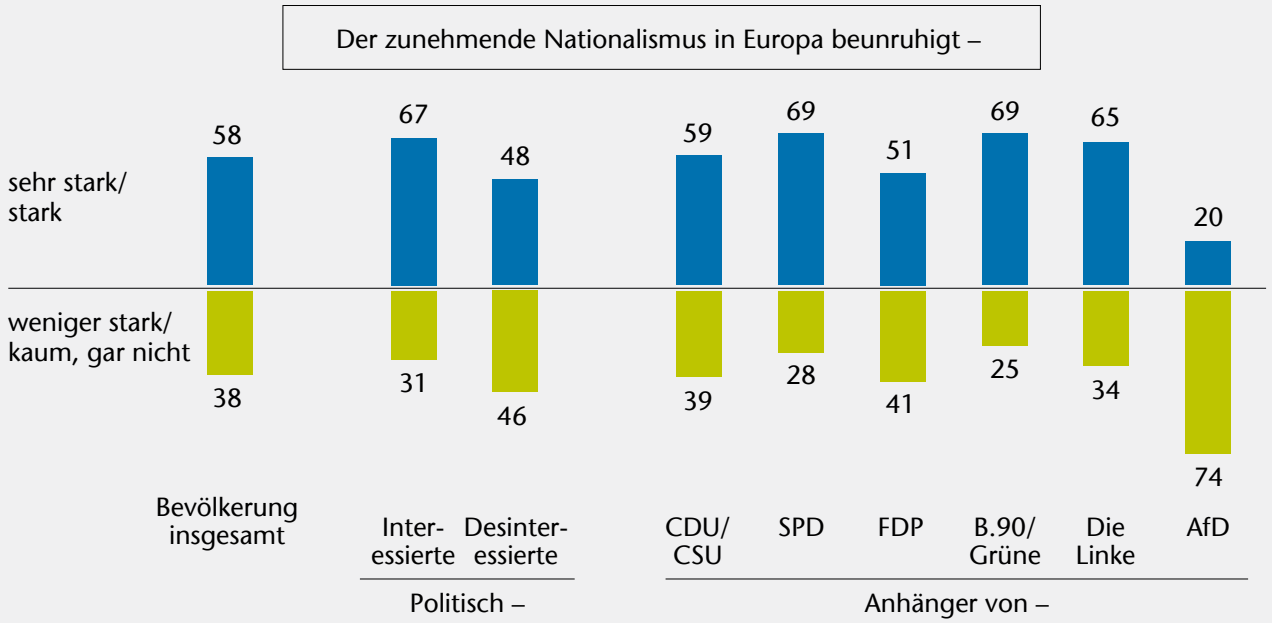
In den Antworten wird deutlich, dass es weniger die Veränderungen und Unsicherheiten außerhalb des europäischen Kontinents sind, die aus Sicht der Bevölkerung die größten Risiken für die weitere Entwicklung Europas bedeuten, sondern vielmehr die innereuropäischen Herausforderungen. Dazu gehört für viele auch der zunehmende Nationalismus, der mittlerweile in vielen Ländern Europas zu beobachten ist. 58 Prozent der Bevölkerung beunruhigt der Gedanke sehr stark oder stark, dass immer mehr Länder Europas verstärkt nationale Interessen verfolgen und dabei immer weniger Rücksicht auf andere Länder nehmen.

Lediglich 38 Prozent sind über diese Entwicklung weniger oder gar nicht besorgt. Überdurchschnittlich besorgt zeigen sich politisch Interessierte sowie die Anhänger von SPD und Grünen. Weniger besorgt sind hingegen politisch Desinteressierte sowie die Anhänger der AfD: Von diesen gibt gerade einmal jeder Fünfte zu Protokoll, dass ihn der zunehmende Nationalismus in Europa beunruhigt, fast drei Viertel der AfD-Anhänger beunruhigt dieser Gedanke hingegen kaum oder gar nicht (Schaubild 20).

Schaubild 20

Die Mehrheit ist vom zunehmenden Nationalismus in Europa beunruhigt

Frage: „Immer mehr Länder Europas verfolgen verstärkt nationale Interessen und wollen sich zunächst um die Belange ihres eigenen Landes kümmern, bevor sie Rücksicht auf andere Länder nehmen oder sich international engagieren. Wie sehr besorgt Sie der zunehmende Nationalismus in Europa?" (Angaben in Prozent)



Nicht dargestellt: Keine Angabe

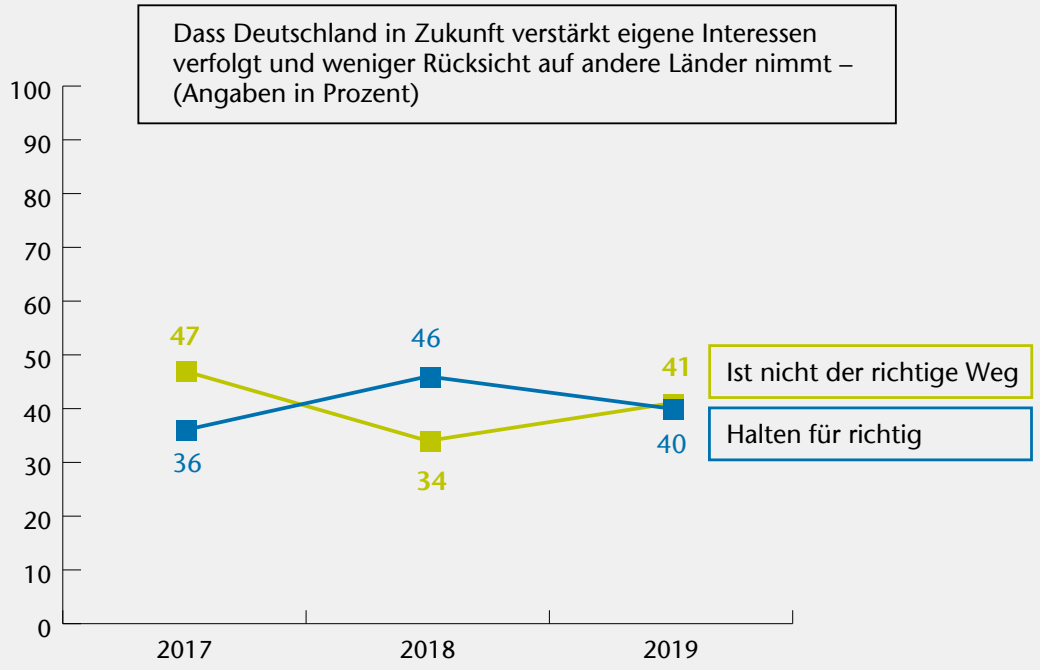
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Trotz dieser weit verbreiteten Beunruhigung über nationale Tendenzen in Europa ist auch die deutsche Bevölkerung nicht frei davon, vom eigenen Staat eine stärkere Akzentuierung nationaler Interessen zu fordern. Immerhin 40 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Deutschland in Zukunft verstärkt eigene Interessen verfolgen und dabei weniger Rücksicht auf andere Länder nehmen sollte. Ein gleich großer Anteil hält dies für den verkehrten Weg. Der Trendvergleich zeigt, dass das Meinungsbild der Bevölkerung in dieser Frage nicht besonders gefestigt ist und zumindest teilweise von aktuellen politischen Ereignissen beeinflusst wird. So forderten vor einem Jahr sogar 46 Prozent, dass Deutschland konsequenter eigene Interessen verfolgen sollte, vor zwei Jahren hingegen nur 36 Prozent (Schaubild 21).

Schaubild 21

Stärkere Ausrichtung auf eigene Interessen?

Frage: „Wie sehen Sie das: Sollte Deutschland in Zukunft verstärkt eigene Interessen verfolgen und dabei weniger Rücksicht auf andere Länder nehmen, oder ist das für Deutschland nicht der richtige Weg?" (Angaben in Prozent)



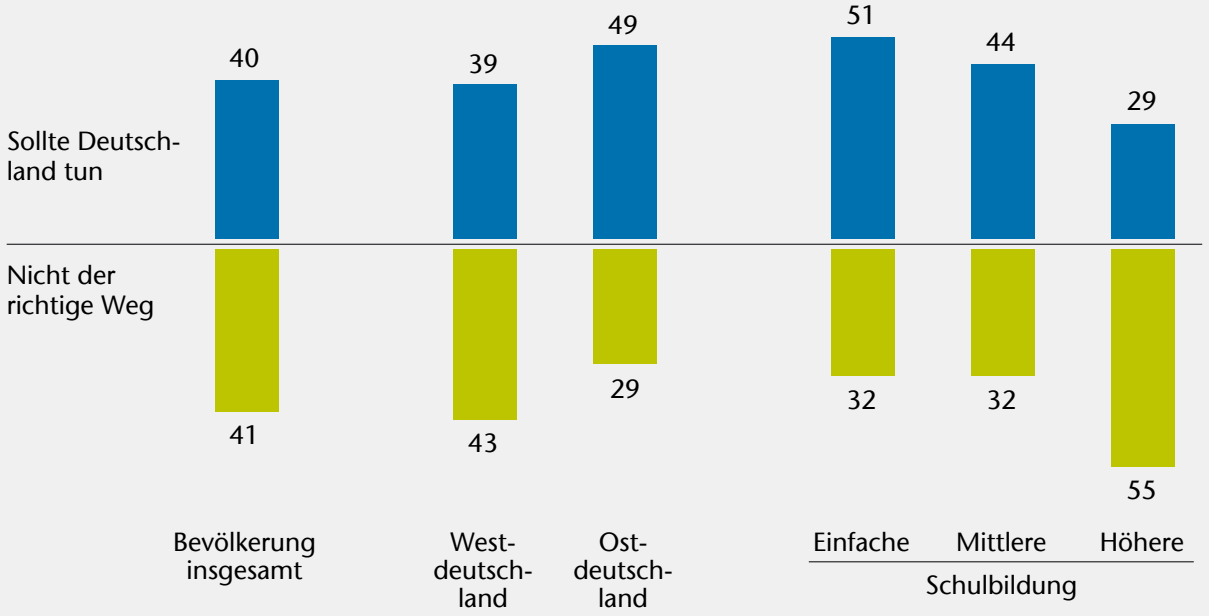
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

Die Forderung, sich verstärkt auf die eigenen Interessen zu konzentrieren und weniger Rücksicht auf andere Länder zu nehmen, wird vor allem von den bildungsfernen Schichten sowie von der ostdeutschen Bevölkerung vertreten. Von den Personen mit einfacher Schulbildung halten 51 Prozent eine stärkere Ausrichtung an „Germany first“ für richtig, von den Personen mit höherem Schulabschluss dagegen nur 29 Prozent. Personen mit höherer Schulbildung vertreten hingegen mehrheitlich die gegenteilige Auffassung: 55 Prozent halten die Positionierung „Germany first“ für den falschen Weg (Schaubild 22).

Schaubild 22

Vor allem bildungsferne Schichten sind Anhänger von „Germany first”

Frage: „Wie sehen Sie das: Sollte Deutschland in Zukunft verstärkt eigene Interessen verfolgen und dabei weniger Rücksicht auf andere Länder nehmen, oder ist das für Deutschland nicht der richtige Weg?” (Angaben in Prozent)



Nicht dargestellt: unentschieden, keine Angabe

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

In der Positionierung für oder gegen eine stärkere Konzentration auf nationale Interessen spiegelt sich auch die grundsätzliche Haltung gegenüber der Kompetenzverteilung zwischen der EU und den einzelnen Mitgliedsstaaten wider. Wenn zur Diskussion gestellt wird, was möglichst europäisch geregelt werden sollte und welche Bereiche der nationalen Selbstbestimmung überlassen bleiben sollten, wird deutlich, dass die Bevölkerung in vielen Bereichen einen europäischen Regelungsbedarf sieht. So plädiert die überwältigende Mehrheit dafür, die Außen- und Sicherheitspolitik europäisch zu koordinieren, feste Richtlinien aufzustellen, wie viel Schulden ein Mitgliedsland machen darf und die Zuwanderung von Ausländern gemeinsam zu regeln. 78 Prozent sprechen sich für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik aus, 73 Prozent für einheitliche Regeln bei der Schuldenpolitik der EU-Mitgliedsländer und 72 Prozent für eine gemeinsame europäische Regelung der Zuwanderung. Auch den Verbraucherschutz möchten 61 Prozent der Bürger europäisch geregelt wissen, knapp jeder Zweite auch die Bildungsabschlüsse. Lediglich die Höhe der Steuern und Abgaben und die Bestimmungen zu den Sozialleistungen möchten die Bürger mehrheitlich in der nationalen Verantwortung belassen (Schaubild 23).

Schaubild 23

Kompetenzverteilung

Frage: „Es gibt ja ganz unterschiedliche Ansichten darüber, was man eher europäisch regeln sollte, also für alle Länder der EU gleich, und was die einzelnen Länder eher für sich allein regeln sollten. Ich lese Ihnen einmal Verschiedenes vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob man das eher europäisch – also für alle Länder gleich – regeln sollte, oder ob das die einzelnen Länder eher für sich allein regeln sollten.“ (Angaben in Prozent)

Nicht dargestellt: unentschieden, keine Angabe

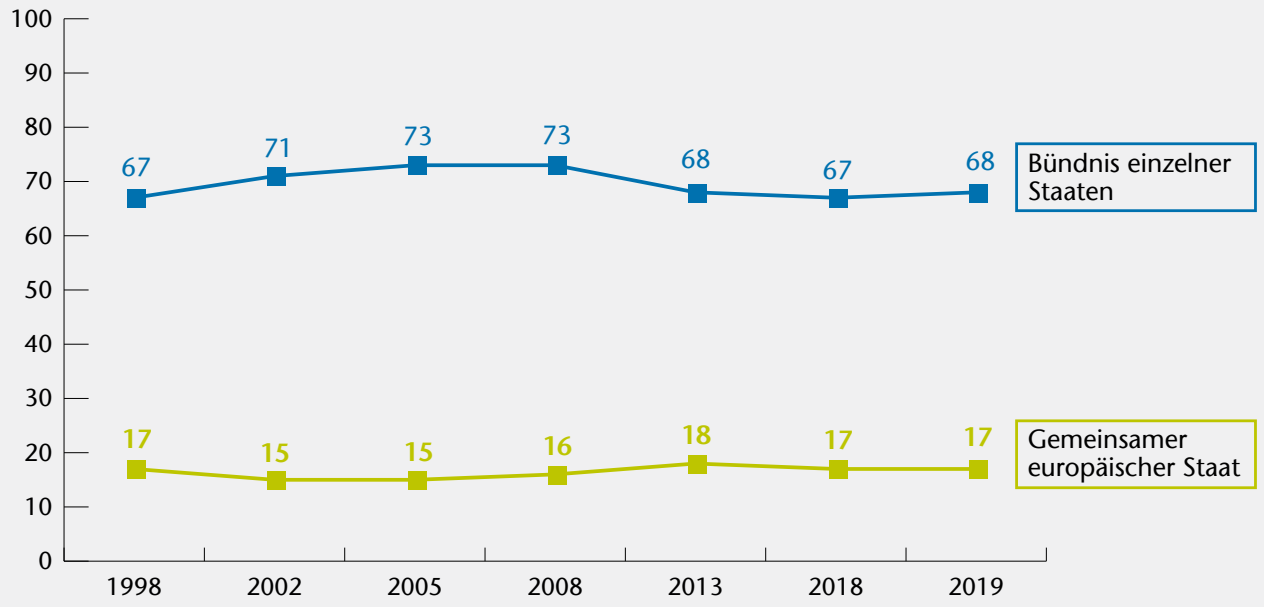
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12012 (November 2019)

Auch wenn die große Mehrheit der Bevölkerung eine ganze Reihe von Politikfeldern zu benennen weiß, bei denen sie einen größeren europäischen Regelungsbedarf sieht, spricht sie sich eindeutig gegen die Idee eines gemeinsamen europäischen Staates aus. In dieser Frage ist die Bevölkerung seit vielen Jahren klar positioniert: Sie befürwortet mit großer Mehrheit ein Bündnis einzelner Staaten und keinen gemeinsamen europäischen Staat. Bereits seit gut zwanzig Jahren sprechen sich zwischen 67 und 73 Prozent für ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten aus; aktuell sind es 68 Prozent. Lediglich 17 Prozent votieren hingegen für einen gemeinsamen europäischen Staat (Schaubild 24).

Schaubild 24

Nur wenig Interesse an einem gemeinsamen europäischen Staat

Frage: „Es gibt ja zwei verschiedene Möglichkeiten, wie Europa in Zukunft aussehen soll. Es kann ein gemeinsamer Staat sein mit einer zentralen Regierung und gemeinsamen Gesetzen, oder aber ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten. Was meinen Sie, wie sollte es sein? Sollte es einen gemeinsamen europäischen Staat geben oder ein europäisches Bündnis einzelner selbständiger Staaten?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12012 (November 2019)

Verzeichnis der Schaubilder

Seite

Teil A

Schaubild 1 Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen 10

Schaubild 2 Nach wie vor stabil hohes Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei 11

Schaubild 3 Unverändert nur wenig Vertrauen in die Bundesregierung 12

Schaubild 4 Mehr Vertrauen in die Gewerkschaften 13

Schaubild 5 Tendenziell mehr Vertrauen in Zeitungen und Kirche 14

Schaubild 6 Zum Teil deutlich geringeres Institutionenvertrauen in Ostdeutschland 15

Schaubild 7 Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer 16

Schaubild 8 Kritik an der Überlastung der Gerichte und am Strafmaß hat zugenommen 17

Schaubild 9 Tendenziell mehr Unterstützung für die Arbeit der deutschen Gerichte 18

Schaubild 10 Unterschiedliche Einstellungen zum Rechtssystem in Ost- und Westdeutschland 19

Schaubild 11 Prozessbeteiligte 20

Schaubild 12 Versicherungsbesitz im Haushalt 21

Schaubild 13 Mehr Rechtsschutzversicherungen in Westdeutschland und in höheren Einkommensgruppen 22

Schaubild 14 Rechtlicher Beistand 23

Schaubild 15 Ab welchem Streitwert würden die Bürger vor Gericht ziehen? 24

Schaubild 16 Höhe des Streitwerts aktuell niedriger als 2013 25

Schaubild 17 Bekanntheitsgrad der außergerichtlichen Streitbeilegung weiterhin auf sehr hohem Niveau 26

Schaubild 18 Gut jeder Zweite ist von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt 27

Teil B

Schaubild 19 Risiken für die weitere Entwicklung Europas 30

Schaubild 20 Die Mehrheit ist vom zunehmenden Nationalismus in Europa beunruhigt 31

Schaubild 21 Stärkere Ausrichtung auf eigene Interessen? 32

Schaubild 22 Vor allem bildungsferne Schichten sind Anhänger von „Germany first“ 33

Schaubild 23 Kompetenzverteilung 34

Schaubild 24 Nur wenig Interesse an einem gemeinsamen europäischen Staat 35

ROLAND Rechtsreport 2020 01.2020 RK

ROLAND Sicher im Recht.

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG | 50679 Köln | 0221 8277-1490 | presse@roland-gruppe.de
www.roland-gruppe.de